



DER LANDTAG

Die Parlamentszeitschrift für Schleswig-Holstein



Gott und die Welt

Politik & Religion

Inhalt

Politik und Religion 4 – 11

Der „Raum der Stille“ im Landeshaus	4
Jüdisches Leben / „Junge Islam Konferenz“	5
Prof. Thomas Großbölting über Staat und Kirche	6
Ein Christ, eine Muslima und ein Atheist diskutieren	8
Ausstellung: Frauen und die Reformation	10
Vorschriften für stille Feiertage gelockert	11

Im Rückblick 12 - 13

Der erste ernannte Landtag 1946

Personalien	14
Nachrufe	15
Die Seite fürs Ehrenamt	16

Ausschüsse:	
Schulpolitik, Regeln für Kite-Surfer	17

Neue Serie: Bücherecke / Neue Broschüren	18
Dr. Christian Meyer-Heidemann: Impulse für die politische Bildung	19
Ein Besucherabend im Landtag	20

Neue Serie: Mit plattdüütsche Riemels dörch dat Johr	21
---	----

Im Porträt:	
Katrin Fedrowitz (SPD) / Sven Krumbek (Piraten)	22

Ins Bild gerückt:	
Zu Besuch im Landeshaus	23
Termine, Termine, Termine	24

Zum Titelbild:

Ernst Barlachs „Geistkämpfer“ symbolisiert den Sieg des Geistes über die dunklen Kräfte. Der Engel mit Schwert galt in der Nazi-Zeit als „Verfallskunst“. Seit 1954 steht die fast fünf Meter hohe Bronzeskulptur vor der Nikolaikirche auf dem Alten Markt in Kiel.

Lieber Leserinnen, liebe Leser,

die Religion ist in der säkularen Welt des 21. Jahrhunderts auf dem Rückzug ins Private. Dennoch spielen Weltanschauungen und Werte in vielen öffentlichen Debatten eine zentrale Rolle: Wie können sich Hunderttausende Flüchtlinge aus anderen Kulturkreisen in die deutsche Gesellschaft integrieren? Warum müssen auch Nichtgläubige am Karfreitag auf den Disco-Besuch verzichten? Soll das Schweineschnitzel von den Speiseplänen öffentlicher Kantinen verschwinden, weil Muslime und Juden kein Schwein essen dürfen? Wir blicken in dieser Ausgabe auf den Einfluss religiöser Überzeugungen auf die Politik. Der Historiker Prof. Thomas Großbölting beschreibt das Verhältnis von Staat und Kirche in der Bundesrepublik. Drei Abgeordnete – ein Christ, eine Muslima und ein Atheist – diskutieren miteinander. Und wir haben eine Veranstaltung über jüdisches Leben in Schleswig-Holstein sowie die erste „Junge Islam Konferenz“ im Lande besucht. Zur Osterzeit läuten wir außerdem den Frühling ein. Marianne Ehlers, Platt-Expertin des Heimatbundes, führt nicht nur Gäste auf Niederdeutsch durchs Landeshaus, sie ist auch Dichterin. In einer neuen Serie begleitet sie unsere Leser auf Platt durch das Jahr.

Wir wünschen viel Freude beim Lesen und frohe Ostern!

Ihre Redaktion

ZÄHLBARES

1.393.568

Menschen in Schleswig-Holstein gehören der evangelischen Kirche an – etwa die Hälfte der Einwohner. Sechs Prozent der Schleswig-Holsteiner sind Katholiken, drei Prozent sind Muslime, 0,1 Prozent sind Juden.

(Quellen: EKD, Humboldt-Uni, Zensus)

Mehr zu Politik und Religion in Schleswig-Holstein: ab Seite 4.

Landtagswahl 2017: Regierung schlägt den 7. Mai vor

Für die Landtagswahl 2017 zeichnet sich Sonntag, der 7. Mai, als Wahltag ab. Diesen Termin hat das Innenministerium Ende Februar vorgeschlagen. Die im Landtag vertretenen Parteien haben nun bis Mitte April die Möglichkeit, Stellung zu nehmen. Anschließend fällt das Landeskabinett die endgültige Entscheidung. Allerdings muss auch der Landtag noch einige Details klären. Der Innen- und Rechtsausschuss berät zurzeit über eine Reihe von Änderungsvorschlägen zum Wahlrecht. Dabei geht es beispielsweise darum, wie lange Wähler und Kandidaten im Lande leben müssen, um an der Wahl teilnehmen zu dürfen. Außerdem will die Koalition solchen Parteien, die vom Landeswahlausschuss abgelehnt wurden, die Möglichkeit zur schnellen Beschwerde beim Landesverfassungsgericht einräumen.

Katrin Fedrowitz neu im Landtag



Katrin Fedrowitz ist seit Jahresbeginn Mitglied der SPD-Fraktion. In der Januar-Tagung legte sie vor Landtagspräsident Klaus Schlie den Verpflichtungseid ab. Die Norderstedterin rückte für Olaf Schulze nach, der zum Bürgermeister von Geesthacht gewählt wurde und deswegen nach zehn Jahren aus dem Landtag ausgeschieden ist. Fedrowitz arbeitet im Petitions- und im Wirtschaftsausschuss mit.

Mehr zur neuen Abgeordneten lesen Sie auf Seite 22.

Studium für Behinderte oft eine hohe Hürde

Menschen mit Behinderung und chronisch Kranke müssen in Schleswig-Holstein viele Hindernisse überwinden, wenn sie ein Hochschulstudium absolvieren wollen. Das ist das Ergebnis der Tagung „all in – Barrierefreiheit im Studium gestalten“ Ende Februar im Landeshaus. Der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung, Ulrich Hase, und das Sozialministerium hatten eingeladen.

Das Problem: Ein Großteil der Uni-Gebäude ist nicht barrierefrei. Es fehlen breite Türen, Aufzüge, behindertengerechte Toiletten oder Schreibtische für Rollstuhlfahrer. Seh- oder Hörgeschädigte stehen oft allein vor der Frage, wie sie den Vorlesungen folgen können. Die Betroffenen, schätzungsweise 2.500 Studenten im Lande, müssen selbst zusehen, wie sie diese Hürden überwinden. Das bedeute einen großen Aufwand bereits vor Studienbeginn, so Hase. Häufig könnten sie erst mit einem Semester Verspätung anfangen, weil sie so viel organisieren müssten.

Das Bewusstsein, etwas für Menschen mit Behinderung zu tun, sei an den Hochschulen im Norden gut ausgeprägt, sagte Hase. Aber: Es sei noch ein weiter Weg, bis sich „Studierende mit Behinderung wie andere ungehindert ihrem Studium widmen können“.

Wortwörtlich



„Lassen wir nicht zu, dass Gewalt und Hetze ein hässliches Bild unseres Landes ergeben. Wir geben der Vernunft eine Stimme. Wir gestalten das Land, in dem wir leben.“

(Daniel Günther, CDU)



„Wir werden rechtem Populismus und rechter Hetze immer entschlossen entgegentreten. Ich sage Ihnen ganz ausdrücklich: Wenn die Republik nach rechts rückt, rücken wir nicht mit.“

(Ralf Stegner, SPD)



„In diesem Land wollen viele Menschen leben, nicht nur wegen voller Supermarktregale, sondern wegen unseres Rechtsstaates, wegen unserer Werte, wegen unserer Humanität. Das müssen wir verteidigen.“

(Eka von Kalben, Grüne)



„Wenn 81 Prozent der Bevölkerung glauben, dass die Regierung nicht mehr in der Lage ist, mit den Problemen, die den Menschen auf den Nägeln brennen, sinnvoll umzugehen, dann ist das ein Alarmsignal an die Gestaltungsfähigkeit der Politik.“

(Wolfgang Kubicki, FDP)



„Egal wo rechtsextremes Gedankengut und Rechtspopulismus herrschen, es muss von Anfang an unsere Antwort sein, den Anfängen zu wehren.“

(Angelika Beer, Piraten)



„Wir müssen die Reihen schließen, wir müssen zusammenarbeiten. Trotz Unterschieden in dem, was wir politisch vertreten, müssen wir uns gemeinsam als Parlament, gemeinsam als demokratische Parteien gegen solche Bestrebungen wenden.“

(Lars Harms, SSW)



Aus der Debatte zu

„rechtem Populismus und rechter Hetze“ am 18. Februar.



Arvid und Isabel debattieren am besten

Arvid Baier (15) von der Stormarnschule in Ahrensburg und Isabel Burrer (17) vom Humboldt-gymnasium Neumünster sind die diesjährigen Landessieger des Wettbewerbs „Jugend debattiert“. Arvid setzte sich Mitte März im Landeshaus bei den 8. bis 10. Klassen durch. Isabels Argumente und Ausdruckskraft überzeugten die Jury in der älteren Gruppe bis Klasse 13. Die beiden fahren Mitte Juni, wie auch die Zweitplatzierten des Landesentscheids, zum Bundesfinale nach Berlin. In diesem Schuljahr haben rund 11.000 Schüler im Lande an dem Wettbewerb teilgenommen, der unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Joachim Gauck steht.

Gedenken an die Opfer des Hubschrauberabsturzes

Der Landtag hat der Opfer des Absturzes eines Bundespolizei-Hubschraubers am 25. Februar in Bimöhlen (Kreis Segeberg) gedacht. Den Angehörigen der beiden verstorbenen Polizisten sprach Landtagspräsident Klaus Schlie zu Beginn der März-Tagung das Mitgefühl des Parlamentes aus: „Wir trauern mit Ihnen um diese beiden Männer, die im Einsatz für die Sicherheit unseres Landes ihr Leben opfern mussten.“ Zudem seien die Abgeordneten in Gedanken bei den Beamten der Fliegerstaffel, „die durch dieses Unglück zwei Kameraden verloren haben“. Schlie äußerte die Hoffnung, dass der schwer verletzte Pilot, der zum Zeitpunkt der Sitzung im Krankenhaus lag, wieder ganz gesund werde.

Gottesbezug: Suche nach Kompromiss bis zum Sommer

Verschiedene Abgeordnete im Landtag bemühen sich zurzeit, eine mehrheitsfähige Formulierung für einen Gottesbezug in der Landesverfassung zu finden. Das könne aber bis zur Sommerpause dauern, so Landtagspräsident Klaus Schlie. Er hat im Februar die Initiatoren der Volksinitiative „Für Gott in Schleswig-Holstein“ über diesen Zeitplan informiert. Sollte eine Formulierung gefunden werden, die die nötige Zwei-Drittel-Mehrheit im Landtag erhält, könnte die Verfassung demnach spätestens in der zweiten Jahreshälfte geändert werden.

Bei der Verfassungsreform 2014 hatte es keine Mehrheit für einen Verweis auf die „Verantwortung vor Gott“ gegeben. Die Initiative, in der sich Christen, Muslime und Juden zusammengefunden haben, hat daraufhin 40.000 Unterschriften für einen Gottesbezug gesammelt. Laut Gesetz hätte der Landtag lediglich bis April Zeit, eine Entscheidung in dieser Frage zu fällen. Nun sind aber dem Vernehmen nach mehrere Formulierungen im Gespräch, die beispielsweise neben dem Gottesbezug auch das „humanistische Erbe“ oder „andere Quellen gemeinsamer Werte“ erwähnen.

Mehr zum Thema „Politik und Religion“ ab Seite 4.

Gott und die Welt

„Nun sag, wie hast du's mit der Religion?“ Schon Faust war die Gretchen-Frage unangenehm. Heute ist Religion noch mehr Privatsache als zu Goethes Zeiten. Doch nicht immer bleibt sie privat. Wir gehen den Fragen nach, inwiefern Staat und Kirche verbunden sind, wie jüdisches Leben in Schleswig-Holstein aussieht und wie Politiker im Landtag es halten mit Gott und der Welt.

Zu Beginn unseres Schwerpunktes „Politik und Religion“ geht es um Religion im Landeshaus.

Ein Kreuz, eine Kerze, eine Orgel, Blumen – so sieht der „Raum der Stille“, zur Morgenandacht aus.

Der „Raum der Stille“

Im März 2005 schrieb der damalige SPD-Abgeordnete Rolf Fischer einen Brief: „Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, Abgeordnete sollen, wie andere Bürger auch, die Gelegenheit haben, ihre Religion zu leben. Ich möchte Ihnen deshalb einen Vorschlag ans Herz legen: Es macht sich nicht schlecht, wenn neben dem Parlamentssaal als ‚Ort der lauten Rede‘ auch ein ‚Raum der Stille‘ vorhanden ist.“

In Landtagspräsident Martin Kayenburg (CDU) fand Fischer einen Befürworter seiner Idee. Zwei Monate später sendete auch der Ältestenrat ein positives Signal, die Nutzung stand ebenfalls schnell fest: Ein Zimmer sollte als Rückzugsort für Abgeordnete, Mitarbeiter und Besucher dienen, als Andachtsraum, interkonfessioneller Gebetsraum oder für Gespräche genutzt werden. Bis ein freier Raum gefunden, die Finanzierung diskutiert und die Einrichtung festgelegt wurden, dauerte es dann allerdings noch drei Jahre. Seit Dezember 2008 ist ein 60 Quadratmeter großes ehemaliges Sitzungszimmer der stillste Raum des Landeshauses – nur wenige Meter entfernt vom lautesten Ort des Hauses, dem Plenarsaal.

2009 initiierte Landtagspräsident Kayenburg dann eine Morgenandacht im „Raum der Stille“.



Zwei Frauen laden zur Morgenandacht

Bevor die Plenarsitzung beginnt, treffen sich Abgeordnete und Mitarbeiter einmal im Monat zur ökumenischen Morgenandacht im „Raum der Stille“. Claudia Bruweleit, die Beauftragte der evangelischen Nordkirche für Schleswig-Holstein, und Schwester Maria Magdalena vom katholischen Erzbistum Hamburg laden mittwochs um 8:30 Uhr zu Gebet, Gesang und Einkehr. Die Landtagszeitschrift sprach mit den beiden Geistlichen.

Wie empfinden Sie die Atmosphäre im „Raum der Stille“?

C. Bruweleit: Der Raum ist wohltuend zurückgenommen. Es ist wirklich ein Raum, der Stille ausstrahlt.

Sr. Maria Magdalena: Er ist sehr klar und lenkt wenig ab. Man kann hier gut beten, singen und sich konzentrieren.

Was ist das Besondere daran, in einem Landtag eine Andacht zu feiern?

C. Bruweleit: Bei der Vorbereitung der Andacht denke ich auch an die Verantwortung für das Land und die Menschen. Denn wenn später müssen die Abgeordneten hier

diskutieren und entscheiden. Es freut mich sehr, dass es an diesem herausgehobenen Ort eine Andacht gibt.

Sr. Maria Magdalena: Für mich heißt das, eine Zeit des geistlichen Innehaltens in diesem Haus zu schaffen.

Gestalten Sie diese Andacht politischer als andere?

Sr. Maria Magdalena: Ich bemühe mich, immer informiert zu sein. Aber die Politik kommt im Gottesdienst nicht vor. Ich möchte eher eine geistliche „Tankstelle“ anbieten – wohlwissend, was die Menschen gerade bewegt.

C. Bruweleit: Ich selbst bin in meinen Predigten politischer, das hat mich in 20 Jahren als Pastorin begleitet. Ich kann nicht an der Politik vorbei und möchte gerne Akzente setzen. Ich glaube aber, die Kirchen allgemein beziehen Position um der Menschen willen.

Ist die „Landeshaus-Gemeinde“ eine ungewöhnliche Gemeinde für Sie?

C. Bruweleit: Es ist etwas Besonderes, wie diese Gemeinde zusammengesetzt ist – durch den Arbeitsplatz. Es kommen sehr unterschiedliche Menschen zusammen. Für mich ist es wichtig, das Lebensumfeld zu kennen, wenn ich eine Predigt schreibe. Dann kann es auch öfter geschehen, dass ein Wort jemanden berührt.

Sr. Maria Magdalena: Ich gestalte die Morgenandacht seit 2009 und so sind mir die Gesichter vertraut. Jede Gemeinde hat ein Gesicht – jedes Herz einer Gemeinde schlägt anders. Und ich glaube, mit diesem bin ich vertraut.

Welche Geschichte hat das Judentum in Schleswig-Holstein? Wie ist das jüdische Leben im Lande organisiert? Darüber informierte eine Fachtagung in Rendsburg Anfang März. Geladen hatten die Deutsche Vereinigung für politische Bildung, das Jüdische Museum Rendsburg und der Landesbeauftragte für politische Bildung.

Sieben* Fakten über jüdisches Leben in Schleswig-Holstein

1. Im 17. Jahrhundert siedelten sich erstmals Juden in den Herzogtümern Schleswig und Holstein an, erste Gemeinden waren Kiel, Lübeck, aber auch Friedrichstadt und Glücksburg. Die Zahl der Juden im Lande blieb gering.

2. Vor 1933 lebten knapp 2.000 Juden in Schleswig-Holstein. Zwei Drittel wohnten in Lübeck und Kiel. Mindestens 1.000 von ihnen wurden im Holocaust ermordet.

3. Heinz Salomon kehrte als erster Jude nach dem Zweiten Weltkrieg nach Kiel zurück. Er hatte das Konzentrationslager Theresienstadt überlebt. Salomon war in der SPD aktiv und gehörte dem ersten ernannten Landtag an. Bis heute ist er der einzige jüdische Landtagsabgeordnete Schleswig-Holsteins. Bundespräsident Heinrich Lübke verlieh Salomon 1960 das Bundesverdienstkreuz erster Klasse.

4. 1960 schlossen sich die Kieler und die Lübecker Gemeinden aufgrund schwindender Mitgliederzahlen zur „Jüdischen Gemeinschaft Schleswig-Holstein“ zusammen. Heinz Salomon übernahm den Vorsitz. Acht Jahre später löste sich der Verband jedoch mangels Mitgliedern auf. Die wenigen im Lande verbliebenen Juden wandten sich an die Hamburger Gemeinde. Das änderte sich jedoch nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1990. Viele jüdische Emigranten zog es nach Deutschland, auch in den Norden.

5. Das Jüdische Museum Rendsburg existiert seit 1988 und ist das zweitälteste seiner Art in Deutschland – nach dem Jüdischen Kulturmuseum Augsburg, das seit 1985 besteht.

6. Rund 2.500 Juden leben zurzeit in Schleswig-Holstein. Sie organisieren sich in zwei Verbänden: dem liberalen Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Schleswig-Holstein und der eher traditionellen Jüdischen Gemeinschaft Schleswig-Holstein.

7. 2005 schloss das Land mit den jüdischen Verbänden einen Staatsvertrag über die „Förderung des jüdischen Lebens in Schleswig-Holstein“. Darin wird zum Beispiel die jährliche finanzielle Förderung festgelegt – 500.000 Euro in diesem Jahr. Außerdem bekennt sich das Land zu der besonderen Verantwortung für die Juden in Schleswig-Holstein.

*** Die Zahl sieben hat in der jüdischen Tradition eine Sonderstellung. Die Thora beginnt mit der siebentägigen Schöpfungsgeschichte. Der Sabbat ist der siebte Tag der Woche, das siebte Jahr ist das Sabbatjahr. Auf sieben fette Jahre folgen sieben magere Jahre. Das Pessachfest und Sukkot, das Laubhüttenfest, dauern sieben Tage. Die Menora, der siebenarmige Leuchter, verkörpert die Erleuchtung und ist Teil des israelischen Staatswappens.**



Viktoria Ladyschenski, Geschäftsführerin der Jüdischen Gemeinde Kiel und Region, gab Einblicke in den jüdischen Alltag, Traditionen und Religionsgesetze der Thora. Rund 50 Teilnehmer, die meisten von ihnen Lehrer, kamen zu der Tagung im Jüdischen Museum Rendsburg.

„Junge Islam Konferenz“: Dialog statt Diskriminierung

Auch muslimische Jugendliche müssen sich stärker in der Öffentlichkeit für ihre Belange einsetzen. Das betonten die Teilnehmer der ersten „Jungen Islam Konferenz“ in Schleswig-Holstein, die Mitte Februar im Landeshaus tagte. Die 32 Schüler, Studenten und jungen Berufstätigen mit und ohne Migrationshintergrund forderten außerdem, Diskriminierung aufzudecken und an ihrer Stelle ein soziales Miteinander zu schaffen. Die Jugendlichen diskutierten auch darüber, dass Muslime in Schleswig-Holstein bisher nicht als Religionsgemeinschaft per Staatsvertrag anerkannt sind. Um dies zu erreichen, müssten sich alle muslimischen Verbände auf gemeinsame Inhalte verständigen – das Land kann dann den Rahmen für den Staatsvertrag schaffen. Eines der wichtigsten Ergebnisse der Konferenz war laut Malte Morische, Koordinator für Schleswig-Holstein, „dass wir junge Menschen zusammengebracht haben, die in ihrem sozialen Umfeld eine geringere Chance haben, sich dialogisch zu begegnen.“



Das Kreuz der St.-Jürgen-Kirche über dem Flensburger Hafen: Wie sehr dominiert die Religion noch unsere Welt?



Von der „hinkenden Trennung“ von Staat und Kirche zur multireligiösen Gesellschaft

Oder: Warum sich die deutsche Politik mit
religiöser Vielfalt so schwer tut

von Prof. Thomas Großbölting

Als im März 2012 Joachim Gauck zum Bundespräsidenten gewählt wurde, kursierte in den Tageszeitungen wie auch im Netz eine Karikatur, die einen islamischen Geistlichen im Gespräch mit einem Taliban zeigte. Sagt der Taliban: „Ein Pastor als Bundespräsident und eine Pastorentochter als Kanzlerin.“ Sagt der Mullah: „Ein Gottesstaat, Respekt!“

Über diesen Bilderwitz kann man ebenso lachen wie den Kopf schütteln. Natürlich, erst einmal liegt die Karikatur völlig falsch: Laut Grundgesetz ist die Bundesrepublik ein säkularer Staat, der seinen Bürgerinnen und Bürgern die individuelle Religionsfreiheit ebenso garantiert wie er dafür Sorge trägt, dass in Deutschland Menschen auch frei von Religion leben können. „Es besteht keine Staatskirche“, so heißt es im Artikel 140 des Grundgesetzes. Die Bundesrepublik ein „Gottesstaat“? Nein, laut Verfassung sicher nicht.

Schaut man allerdings genauer hin, dann spießt die Karikatur gerade in ihrer Überspitzung doch ein wichtiges Charakteristikum der politischen Kultur in der Bundesrepublik auf. Nicht nur mit Blick auf das politische Spitzenpersonal, sondern auch darüber hinaus sind Staat und Religionsgemeinschaften – in der Regel sind das die beiden christlichen Großkonfessionen – eng miteinander verbunden:

- Die Parteien als Organisatoren der Politik und letztlich auch der Regierungsgewalt pflegen einen zwar unterschiedlich temperierten, aber doch immer regen Kontakt.

- Der staatliche Einzug der Kirchensteuer wird begleitet von einer Reihe von zusätzlichen Staatsleistungen, die Ansprüche der Kirchen von Beginn des 19. Jahrhunderts abgleichen.
- Die sogenannte freie Wohlfahrtspflege ist in ihren Anforderungen so weit auf die Kirchen zugeschnitten, dass in manchen Regionen Deutschlands die Kirchen den Großteil der Kindergärten, Kranken- und Pflegeeinrichtungen wie auch viele Schulen betreiben. Damit akkumulieren Caritas und Diakonie nicht nur Marktmacht, sondern machen diese auch zum größten privaten Arbeitgeber in Europa.
- In den Schulen und an staatlichen Universitäten haben die Kirchen umfassende Möglichkeiten, ihre eigenen Überzeugungen an Schüler und Schülerinnen zu vermitteln. Auch in den öffentlichen wie in vielen privaten Medien ist den Kirchen die Mitsprache über Sitz und Stimme in Aufsichtsgremien und Beiräten garantiert.
- Das juristische Konstrukt, welches dieses alles ermöglicht, ist das der Körperschaft des öffentlichen Rechts, nach dem die Kirchen in manchen Belangen an Staates Stelle agieren können.

„Der Staat und die großen christlichen Kirchen sind eng verknüpft.“

Um zu verstehen, wie es zu dieser „hinkenden Trennung“ von Kirche und Staat kam, ist ein Blick auf die Anfänge der Bundesrepublik hilfreich: Unmittelbar nach Kriegsende setzten nicht nur die Kirchen, sondern auch die Politik und große Teile der Gesellschaft auf eine umfassende „Rechristianierung“. Der Krieg war verloren, die Nation zerbrochen und langsam griff auch das Wissen um sich, welche schweren Verbrechen in Deutschland mit der Verfolgung und Ermordung vor allem der Juden begangen wurden. Was lag da näher, als auf die Institutionen zurückzugreifen, die den Nationalsozialismus scheinbar unbeschadet überstanden hatten? Insbesondere die katholische Kirche avancierte auf diese Weise zur Siegerin in Trümmern und ähnlich wie die evangelischen Landeskirchen zu einer hoch respektierten und einflussreichen Institution im politischen Geflecht der jungen Bundesrepublik. In einer

Gesellschaft, in der weit über 90 Prozent der Bevölkerung einer der christlichen Kirchen angehörte, war die „hinkende Trennung“ eine Win-win-Situation: Die Kirchen boten die ideelle Basis, auf der die hoch diskreditierte Gesellschaft neu starten konnte. Im Gegenzug gewährte die Politik weitgehende Rechte und Einflussmöglichkeiten. In Sachen öffentlicher Moral und bei den Vorstellungen davon, was sich ziemt und was nicht, gingen Politik und Kirchen oftmals Hand in Hand.

Mit den Jahren und Jahrzehnten wuchs aber der Preis, der für diese besondere Konstellation zu zahlen war. Auf der einen Seite schmolz die christliche Fundierung der Gesellschaft, die dieses Arrangement plausibel gemacht hatte. Aktuell sind nur noch zwei Drittel der Deutschen Mitglied einer der christlichen Kirchen, Tendenz fallend. Auf der anderen Seite wuchs nicht nur mit der Wiedervereinigung, sondern auch in den Folgejahrzehnten der Anteil derjenigen, die sich keiner religiösen Überzeugung verbunden fühlen oder einer nicht-christlichen Religion angehören. Nicht allein die steigenden Flüchtlingszahlen der vergangenen Jahre, sondern die Einwanderung qua Globalisierung lassen die religiöse Pluralisierung ansteigen. Insbesondere für in Deutschland nicht-etablierte Religionsgemeinschaften wie den Islam bietet aber die – man höre und staune! – vom Staatskirchenrecht abgeleitete politische Praxis nur wenig Möglichkeiten zu einer gleichberechtigten Integration.

Die Vorstellung davon, was „richtige“ Religion ist, ist in Deutschland massiv von der engen Verbindung von Staat und christlichen Kirchen vorgeprägt.

„Der Trend zur Säkularisierung wird sich fortsetzen.“

Im Moment scheint es so, als ob das Win-win-Modell der 1950er Jahre zur Belastung der aktuellen Religionspolitik wird. Entgegen einer „hinkenden Trennung“ von Staat und christlichen Kirchen wird sich die Politik stärker als bisher als ein Gegenüber profilieren müssen, welches allen Religionsgemeinschaften gegenüber gleiche Distanz oder Nähe wahr. Und die Kirchen selbst täten ebenfalls gut daran, über ihren Status als staatsnahe Institutionen nachzudenken. Zwar sind Bischöfe und Landeskirchen gut ausfinanziert und gesellschaftlich hervorragend integriert. Ihre Attraktivität aber für religiös Suchende scheint das nicht zu befördern, im Gegenteil: Momentan ist nicht zu erkennen, dass sich der Säkularisierungstrend der vergangenen Jahrzehnte grundlegend umkehrt.

Zum Autor:

Thomas Großbölting, Jahrgang 1969, ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Er hat in Köln, Bonn, Rom und Münster Geschichte, katholische Theologie und Germanistik studiert. Aktuell befasst er sich mit dem religiösen Wandel im Nachkriegsdeutschland. 2013 erschien sein Buch „Der verlorene Himmel. Glauben in Deutschland seit 1945“.



Treffen sich ein Christ, eine Muslima und ein Atheist ...



... und diskutieren über Politik und Religion. Im Februar führte die Landtagszeitschrift am Rande der Plenarsitzung ein Gespräch mit drei Landtagsabgeordneten mit unterschiedlichem religiös-kulturellem Hintergrund: Serpil Midyatli (SPD), deren Familie aus der Türkei stammt, ist die erste muslimische Abgeordnete in Schleswig-Holstein. Andreas Tietze (Grüne) steht als Präses der Landessynode vor, dem Kirchenparlament der evangelischen Nordkirche. Uli König (Piraten) bezeichnet sich im Handbuch des Landtages als Atheist.

Lebhafte Diskussion im „Raum der Stille“ – Landtagsvolontärin Vivien Albers im Gespräch mit den Abgeordneten Andreas Tietze (Grüne), Uli König (Piraten) und Serpil Midyatli (SPD, v.li.).

Frau Midyatli, meine Herren, wieviel Religion verträgt Politik – wann haben Sie sich zum Beispiel das letzte Mal über zu viel Religion in der Politik geärgert?

Tietze: Mich hat es geärgert, dass die AfD und Pegida mit christlichen Symbolen auf die Straße gehen. Damit wollen sie das Christentum für sich okkupieren. Das ist eine Trittbrettfahrerei, denn diese Leute sind menschenfeindlich und vertreten rechtes



Gedankengut – das ist nicht mit dem Christentum vereinbar. Für mich sind das falsche Propheten, sie verunglimpfen das Kreuz und darüber ärgere ich mich absolut.

König: Ich habe mich das letzte Mal richtig geärgert, als ich gelesen habe, dass die Berliner Behörden der evangelischen Kirche offenbar alle Steuerakten vorlegen. Die Kirche soll so überprüfen, wer Kirchensteuer bezahlen muss. Sie überprüft insbesondere diejenigen, die ausgetreten sind oder nie Mitglied waren. Der Film auf Arte „Die Kirche und das Geld“ hatte einen solchen Fall im Januar aufgedeckt.

Midyatli: Ich habe mich bei der Plenardebatte zum Gottesbezug geärgert, als ich den Imam auf der Tribüne habe sitzen sehen. Ich wusste nicht, wer er ist und welche Gemeinde er vertritt. Im islamischen Glauben gibt es kein Oberhaupt wie in der katholischen oder evangelischen Kirche. Es kann also niemand für alle schleswig-holsteinischen Gemeinden sprechen. In dem Moment habe ich gemerkt, dass es in der Verfassung um den christlichen Gott geht. Würde es um einen Gott gehen, der für uns alle steht, hätten sich die Fürsprecher des Gottesbezugs eingehend mit den anderen Religionen auseinandergesetzt. Dann hätten sie ernsthaft überlegen müssen, ob es in Ordnung ist, pro forma einen Imam da oben hinzusetzen. Ich habe mich richtig gekränkt gefühlt.

Sind Sie durch Ihren Glauben bei politischen Entscheidungen schon mal beeinflusst worden?

König: Nein.

Midyatli: Ich kann das nicht voneinander trennen. Wenn ich vor einer politischen Frage stehe, schlage ich sie nicht im Koran nach. Aber ich bin mit bestimmten Werten erzogen worden. Meine Eltern haben mich gelehrt, aufrichtig, gerecht, rücksichtsvoll zu sein. Das sind nicht nur muslimische Werte, aber das hat mich geprägt, und daran mache ich bestimmte Entscheidungen fest.

Tietze: Ich habe drei Themen, bei denen ich in der Regel auf Grundlage meiner christlichen Werte entscheide: Erstens der Frieden, stark bezogen auf das Friedensgebot des Neuen Testaments. Hinzu kommen Umwelt und Klima – dass wir Gottes Schöpfung hegen und pflegen müssen – sowie die Gerechtigkeitsfrage. Wenn ich zum Beispiel politisch für den Mindestlohn streite, dann hat das für mich auch viel mit meinem christlichen Glauben zu tun. Gerade bei Gewissensfragen ist mir das wichtig. In der Debatte um die Karfreitagsruhe habe ich mich beispielsweise auf mein Gewissen berufen. Das ist für Christen der höchste Feiertag, da zu tanzen, ist für mich persönlich schräg.

Es heißt häufig, Politik und Religion passen nicht zusammen – mit Verweis auf viele geschichtliche Beispiele. Wie sehen Sie das?

Midyatli: Das erste Mal habe ich diese Frage gehört, als ich in den Landtag eingezogen bin. Eine Journalistin wollte wissen, wie mein muslimischer Glaube meinen politischen Alltag prägen würde. Daraufhin habe ich geantwortet: Wie prägt Ihr christlicher Glaube Ihren Alltag? Genauso ist es bei mir. Ich bin auch der Meinung, dass Religion Privatangelegenheit ist. Meine Werte sind die sozialdemokratischen Werte.

Tietze: Ich bin Christ in der Politik und Politiker in der Kirche. Ich wechsele zwar die Funktion, aber im Kern bin ich sowohl als Christ wie auch als Politiker meinem Glauben verpflichtet.



König: Ich sehe das anders. Meiner Meinung nach ist Religion Privatsache. Jeder muss selbst entscheiden, ob er an einen Gott glaubt, ob er Atheist oder Agnostiker ist. Wenn wir Politik machen wollen, müssen wir gemeinsame Werte haben. Viele sind schon aufgeschrieben – siehe die ersten Artikel unseres Grundgesetzes. Und die überschneiden sich ja stark mit den kirchlichen Werten.

Ist Religion für Sie etwas Privates oder gilt auch hier „das Private ist politisch“?

Midyatli: Wenn es zum Beispiel um den sogenannten Islamischen Staat geht, kann Religion gar nicht privat sein. Dann ist sie absolut politisch. Aber da wird eine Religion

missbraucht. Die geehrten und geschätzten Oberhäupter des Islam sind mir viel zu leise. Im Grunde müsste bei jedem Freitagsgebet, in jeder Moschee auf der Welt, gegen den IS gepredigt werden. Das vermisse ich.

Tietze: Das Private hat auch immer eine politische Dimension. Ich würde mir wie Serpil wünschen, dass die drei großen Weltreligionen mehr politische Verantwortung übernehmen. Wir bräuchten eine interreligiöse Bewegung, die so etwas wie den IS ächtet und eine Weltfriedensordnung anhand der religiösen Schriften aufbaut. Die Schriften und Botschaften des Christentums, Judentums und Islams verkünden eindeutig Frieden, Unversehrtheit und Liebe.

König: Ich habe die Beobachtung gemacht, dass sich Politik auf dünnes Eis begibt, wenn sie sich auf Religion beruft. So ist es bei den Abtreibungsgegnern in den USA, die sich auf christliche Werte berufen, oder beim IS, der sich auf den Islam beruft. Ich sehe die meisten Religionen im Kern aber auch als Friedensreligionen. Insofern würde ich mir wie Serpil wünschen, dass von den religiösen Gruppen mehr Protest gegen sogenannte Gotteskrieger kommt.

An welcher Stelle sollte eine Trennlinie zwischen Politik und Religion gezogen werden?

Tietze: Das ist ja im Grundgesetz festgelegt. Die Kirche soll sich nicht in parlamentarische und demokratische Prozesse einmischen. Wir dürfen aber nicht den Fehler machen und die Bewertung einer gesellschaftlichen Lage durch kirchliche Amtspersonen oder durch Synoden mit kirchlicher Einmischung verwechseln.

Midyatli: In einer pluralistischen Gesellschaft gehört es dazu, dass sich Verbände, Gewerkschaften und eben auch Kirchen einmischen.

König: Die rote Linie ist dann überschritten, wenn die Freiheit eingeschränkt wird – wiederum die ersten 19 Artikel des Grundgesetzes. Es gibt viele Beispiele, wo Religion die Grenze des Privaten überschreitet. Wenn gesellschaftliche Gruppen vorschreiben, wie sich ein Einzelner zu verhalten hat, beispielsweise. Bei dem Tanzverbot am Karfreitag ist diese Grenze für mich überschritten.

Tietze: Du sagst, die sollen weiter tanzen, ich sage, die sollen nicht tanzen. Wo ist das Problem wenn man mal einen Tag von 365 die Füße still hält?

König: Genau, da sind wir deutlich unterschiedlicher Meinung.

Was würden Sie davon halten, wenn statt des konfessionellen Religionsunterrichts überkonfessionelle Religionswissenschaft unterrichtet würde?

König: Religionswissenschaftlichen Unterricht würde ich begrüßen. Es ist wichtig, dass die junge Generation nicht nur über ihre eigene Religion aufgeklärt wird, sondern auch über andere Religionen. Gleichzeitig würde ich mir wünschen, dass alle Kinder einen systematischen Ethik- und Wertunterricht erhalten, damit sie lernen, dass es gesellschaftliche Werte auch ohne Religionen geben kann.



Midyatli: Ich glaube, dass wir irgendwann in Schleswig-Holstein einen interkonfessionellen Religionsunterricht haben werden. Die Zeit ist jetzt schon dafür reif. Wir hängen, das muss ich ganz ehrlich sagen, mit der Politik ein bisschen nach.

Tietze: Es wäre ein schlauer Weg, den Religionsunterricht für einen modernen, interkonfessionellen Rahmen zu öffnen. Man sollte aber nicht die Rechte der Kirche beschneiden.

Midyatli: Interkonfessioneller Religionsunterricht ist, nebenbei gesagt, auch wichtig, damit Menschen anderen Glaubens die Werte der Gesellschaft mitbekommen, in der sie leben. Deswegen war es für meinen Mann und mich auch gar kein Problem, unser Kind in einer evangelischen Kindertagesstätte anzumelden.

Interview: Vivien Albers

Ausstellung: Frauen in der Reformation

19 Lebensläufe, 500 Jahre, 500 Gäste

Mehr als 500 Gäste strömten Anfang Februar zur Auftaktveranstaltung der Ausstellung „... von gar nicht abschätzbarer Bedeutung – Frauen schreiben Reformationsgeschichte“. Im Mittelpunkt der Schau: 19 „reformatorisch tätige“ Frauen aus fünf Jahrhunderten.

Landtagspräsident Klaus Schlie eröffnete die Wanderausstellung im voll besetzten Plenarsaal. Schlie zeigte sich beeindruckt von der Schau, die das Frauenwerk der Nordkirche entwickelt hat. „Es wird Zeit, die weiblichen Gedanken, Taten und Bemühungen in der 500-jährigen Reformationsgeschichte kennenzulernen“, so Schlie. Dem stimmte Ulrike Koertge, Pastorin und Leiterin des Frauenwerks, zu. Es sei wichtig, die weibliche Seite in den Blick zu nehmen, „denn bisher gab es eine starke Konzentration auf die Person Martin Luthers“. Passend zum 500. Reformationsjubiläum im Jahr 2017 soll der Perspektivwechsel mithilfe der Ausstellung gelingen.



Maria Jepsen, von 1992 bis 2010 Bischöfin des Sprengels Hamburg

Als Schirmherrin der Schau konnte das Frauenwerk Maria Jepsen gewinnen. Die Theologin war prädestiniert für diese Aufgabe: Sie ist die weltweit erste Frau, die in das lutherische Bischofsamt gewählt wurde.



Großes Interesse bei der Vernissage: 500 Gäste kamen zur Ausstellungseröffnung.

Bis Ende 2017 ist die Schau in den 13 Kirchenkreisen der Nordkirche in Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg zu sehen. Wir stellen drei der Frauen vor, die Reformationsgeschichte schrieben.

Wibe Junge (1485 – unbekannt)

Die Lutheranerin Wibe Junge setzte sich in der Bauernrepublik Dithmarschen offensiv für die reformatorische Bewegung ein. Begeistert hörte sie in Meldorf die Predigten des lutherischen Pfarrers Nikolaus Boie und teilte seine Kritik an der zunehmenden Verweltlichung und Kommerzialisierung der katholischen Kirche. Junge soll sogar Briefe mit Luther gewechselt haben.

Als der prominente niederländische Prior und Reformator Heinrich von Zütphen nach Meldorf kam, verhärteten sich die Fronten zwischen den lutherischen Anhängern und den

katholischen Machthabern in Dithmarschen. Zütphen wurde zum Tod auf dem Scheiterhaufen verurteilt. Wibe Junge bot 1.000 Gulden für ein geregeltes Gerichtsverfahren. Ihr Bemühen war vergeblich – Zütphen wurde 1524 erschlagen und verbrannt. Sie selbst wurde von der Menge überrannt und entkam nur knapp. Acht Jahre nach dem Tod Zütphens setzte sich die Reformation in Dithmarschen durch.

Anna Asmussen (1871 – 1958)

Die Rendsburger Krankenschwester Anna Asmussen war die zweite ledige Frau, die als Breklumer Missionarin nach

Indien reiste. Neben Schul- und Hospitaldiensten leistete sie auch Hebammeneinsätze. Überdies wirkte Anna Asmussen als Senana-Missionarin – sie lehrte die einheimischen Frauen Lieder und Bibelverse. Mit ihrer Eigenständigkeit provozierte sie oft Konflikte mit der männlichen Leitung des Breklumer Missionswerks.

Inspiziert durch emanzipierte britische und amerikanische Missionarinnen, trat Asmussen für Frauen der Senana-Mission ein – auch nach ihrer Heimkehr nach Deutschland 1916.



Anna Asmussen, Missionarin in Indien von 1899 bis 1915

Margarethe Lachmund (1896 – 1985)

Margarethe Lachmund war Quäkerin, Widerstandskämpferin im Nationalsozialismus und Friedensaktivistin. Ihre konsequente pazifistische Haltung war für sie während der NS-Zeit, aber auch während des DDR-Regimes, mit einem hohen Risiko verbunden. Sie versteckte jüdische Verfolgte, schmuggelte Lebensmittel in Konzentrationslager und pflegte Briefkontakte mit Deportierten.

Zwischen 1954 und 1962 war Lachmund im Friedensausschuss der Quäker aktiv, trat für die Kriegsdienstverweigerung und gegen die atomare Rüstung ein. Überdies engagierte sie sich in der Deutschen Friedensgesellschaft und unterstützte die Arbeit der Christlichen Friedenskonferenz.

Stille Feiertage nicht mehr ganz so still



Mehr Feier, weniger Trauer? Der Landtag hat die Regelungen für sogenannte stille Feiertage gelockert. Schleswig-Holsteiner haben ab sofort am Karfreitag, am Totensonntag und am Volkstrauertag mehr „Party-Time“. Tagsüber soll jedoch in der Öffentlichkeit Ruhe herrschen. Das Parlament einigte sich im Januar nach kontroverser Debatte auf die neue Regelung.

Künftig gilt die „stille Zeit“ am Karfreitag von 2 Uhr morgens bis 2 Uhr am Folgetag. Am Totensonntag und am Volkstrauertag soll zwischen 6 und 20 Uhr Ruhe einkehren. Bisher waren öffentliche Veranstaltungen, die nicht dem ernsten Charakter der Tage entsprachen, am Totensonntag und am Volkstrauertag ab 4 Uhr morgens untersagt. Für den Karfreitag galt ein ganztägiges Verbot.

Die neue Bestimmung ist ein Kompromiss. Ein Teil des Landtages, insbesondere die CDU, wollte an den alten Ruhezeiten festhalten. Demgegenüber strebte eine Gruppe von Abgeordneten aus verschiedenen Fraktionen nach Hamburger Vorbild eine noch weiter gehende Liberalisierung an.

Das „Hamburger Modell“ sieht ein Veranstaltungsverbot am Totensonntag lediglich von 6 bis 17 Uhr sowie am Volkstrauertag von 6 bis 15 Uhr vor. Dies hatten Kai Dolgner (SPD), Eka von Kalben (Grüne), Ekkehard Klug (FDP), Patrick Breyer (Piraten) und Lars

Harms (SSW) gemeinsam auch für Schleswig-Holstein vorgeschlagen. Dass unterschiedliches Recht in den beiden Nachbarländern gelten sollte, nannte der Freidemokrat Ekkehard Klug „völlig absurd“. Der Antrag verpasste jedoch die Mehrheit – wenn auch äußerst knapp. Am Ende standen 32 Ja- und ebenso viele Nein-Stimmen zu Buche.

So war der Weg frei für den Kompromiss, den der SPD-Abgeordnete Peter Eichstädt vorgelegt hatte. Er erhielt eine Mehrheit von 38 zu 27 Stimmen. Bis auf CDU und SSW hatten alle Fraktionen auf eine gemeinsame Linie verzichtet und die Abstimmung freigegeben. Mit der Neuregelung, so Eichstädt, „können wir das Ruhebedürfnis der Menschen achten, die zum Friedhof gehen und ihrer Toten gedenken wollen, und gleichzeitig den Gewohnheiten anderer entgegen kommen, die abends feiern möchten“. Demgegenüber sprach sich der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Daniel Günther, gegen jede Änderung

aus: „Es gibt einen tragfähigen Kompromiss – das ist die aktuelle Gesetzeslage.“

Die Debatte ursprünglich angestoßen hatten die Piraten. Ihr Abgeordneter Patrick Breyer hatte sich bereits vor zwei Jahren für eine noch weiter gehende Lockerung stark gemacht – etwa am Karfreitag eine verkürzte Ruhezeit von 6 bis 21 Uhr. Breyer stört außerdem, dass die Versammlungsfreiheit an den „stillen Tagen“ aufgehoben ist. Damit würden die Grundrechte eingeschränkt. Dem widerspricht allerdings der Wissenschaftliche Dienst des Landtages. Auch Lars Harms (SSW) sah diesen Punkt kritisch: „Es kann nicht sein, dass die Versammlungsfreiheit einseitig eingeschränkt wird.“ Eine endgültige juristische Klärung steht allerdings noch aus. Das Thema beschäftigt auch das Bundesverfassungsgericht.

Ob sich durch das neue Gesetz viel ändern wird, bezweifelte die Grünen-Fraktionsvorsitzende Eka von Kalben: „In der Realität findet längst statt, was laut Gesetz noch verboten ist“, sagte sie – etwa mit Blick auf Filmkomödien, die auch bisher schon am Karfreitag im Kino liefen.

(Drucksachen 18/1241, /3717, /3750, /3754)

Peter Eichstädt (SPD) warf den christlichen Kirchen vor, alle Reformvorschläge „rigoros vom Tisch gewischt“ zu haben. „Ich wünsche mir von meiner Kirche, dass sie auf diejenigen zugeht, die ihre Regeln nicht mehr gänzlich teilen“, so der Lutheraner.



CDU-Fraktionschef und Katholik Daniel Günther verteidigte die bisherige Gesetzeslage: „Es gibt 2016 insgesamt 363 Tage, an denen es überhaupt keine Einschränkungen gibt.“ Und auch an den drei stillen Tagen werde niemand gehindert, „privat zu machen, was er möchte“.



Was hat die Landespolitik in früheren Zeiten bewegt?

In dieser Serie blicken wir ins Archiv und spüren nach, was den Landtag in vergangenen Zeiten beschäftigt hat. Diesmal geht die Reise in den Februar 1946.

Der von der britischen Besatzungsmacht ernannte erste Landtag kommt zusammen.

1946: Ein Parlament für Schleswig-Holstein – die Briten geben den Ton an

Februar 1946 – das Ende des Zweiten Weltkrieges liegt nicht einmal ein Jahr zurück. Not und Wiederaufbau der Städte prägen den Alltag der Schleswig-Holsteiner, wie so vieler Deutscher. Kiel ist beispielsweise zu rund 80 Prozent zerstört. Menschen hausen in zerstörten Wohnungen, Kellern und Baracken. Die Wasser- und Gasversorgung funktioniert nicht, auch der Strom wird häufig abgeschaltet. Viele Menschen leiden an Unterernährung, insbesondere Kinder. In keiner anderen vergleichbaren Großstadt sterben so viele Menschen an Tuberkulose wie in Kiel. Als Folge von Flucht und Vertreibung kommen immer mehr Menschen ins Land, viele Flüchtlinge leben in Notunterkünften, Scheunen oder Schulen.

In dieser Trümmerwüste der Nachkriegszeit soll am 26. Februar der erste, von den Briten ernannte Landtag zusammentreten. Die Besatzungsmacht hatte in Schleswig-Holstein, damals noch preußische Provinz, in den Monaten zuvor bereits die Grundlagen für eine einheitliche Landesverwaltung gelegt. Auch in anderen Ländern der britischen Zone setzen die Militärregierungen Landtage ein – von diesen ist der schleswig-holsteinische jedoch der erste.

Vertreter aller Schichten im Parlament

Es ist Ziel der Besatzungsmacht, dass ein Querschnitt der Bevölkerung im Landtag vertreten ist, damit alle Schichten der Bevölkerung politisch mitwirken. Allerdings: Nationalsozialisten sollen nicht mit dabei sein. Die Militärregierung ernennt 62 Abgeordnete, 21 von ihnen vertreten die Stadt- und Landkreise. Unter den weiteren 41 Abgeordneten sind zehn Repräsentanten politischer Parteien – von SPD, CDU, KPD und FDP.



Oben der Union Jack, unten das Landeswappen. Einziger Deutscher auf dem Podium: Ministerpräsident Theodor Steltzer (CDU), ganz rechts.

Auch vier Gewerkschafter haben die Briten ausgewählt, ebenso Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Jugenderziehung, freien Berufen und Vertreter der Flüchtlinge. Sechs der 62 Abgeordneten sind Frauen.

Zum ersten Landtag gehören Andreas Gayk, SPD, Journalist und späterer Oberbürgermeister von Kiel, Heinz Salomon, SPD, als einziger Jude, die Lehrerin Elisabeth Jensen aus Schleswig, der Bauarbeiter Emil Matthews aus Bad Schwartau, der Stedensander Pastor Rudolf Muuss oder Thomas Andresen, CDU, Steuerberater und zukünftiger Oberbürgermeister von Flensburg. Der frühere Rendsburger Landrat Theodor Steltzer, der als Oberpräsident der Provinzialverwaltung vorsteht, soll zunächst auch den Landtag leiten. Im August 1946 ändert sich sein Titel – er wird der erste Ministerpräsident Schleswig-Holsteins. 60 der 62 Mitglieder des ersten ernannten Landtages schaffen es trotz kaputter Straßen und Schienen nach Kiel zu kommen, zur Eröffnungssitzung im Schauspielhaus.



Der Pastor Paul Husfeldt (CDU, 1909 bis 1972) war Schleswig-Holsteins erster Landtagspräsident.

Abgeordnete und geladene Gäste betreten das Kieler Schauspielhaus, die Tagungsstätte des ersten Landtages.

Minutiöses Eröffnungsprogramm der Briten

Die Militärregierung nutzt den Dienstagvormittag des 26. Februar, um ihre eigene Hoheit zu demonstrieren. Mit militärischem Prunk, Soldaten und den ranghöchsten Kommandeuren finden die Briten sich in der Holtenauer Straße 103 ein. Ein großer Union Jack über einem kleinen Landeswappen gehört ebenso zur Machtdemonstration wie der strenge Ablaufplan des Festaktes. So muss Oberpräsident Steltzer in den Kulissen warten, während der Oberkommandierende für die britische Armee in Schleswig-Holstein, Generalleutnant Sir Evelyn Barker, die „very important persons“ begrüßt. Als einziger Deutscher darf Steltzer mit auf der Bühne sitzen – am äußersten Rand – und eine Rede halten.

Erste parlamentarische Reden

In Anwesenheit der Besatzungsmacht formuliert Steltzer den wichtigsten Auftrag des gerade ernannten Landtages: „Wir stehen vor der Aufgabe eines gänzlichen Neuaufbaus unseres politischen Lebens auf sicherer demokratischer Grundlage. Dabei darf es nicht noch einmal geschehen, dass unser demokratisches Leben so in Misskredit gerät wie nach 1918.“ Steltzer spricht eingehend über die kommunale Selbstverwaltung und die neuen einheitlichen Landesbehörden. Denn diese sind für ihn Wegbereiter eines eigenen Landes Schleswig-Holstein. Erst zum Schluss und aus heutiger Sicht überraschend kurz



umreißt Steltzer die drängendsten Fragen ein Jahr nach dem Krieg: „Arbeitsbeschaffung, Sesshaftmachung der Flüchtlinge und Wohnungsbeschaffung“.

Um 11:45 Uhr verlassen die Briten das Theater. In der nun eröffneten einstündigen Arbeitssitzung stellt Oberpräsident Steltzer seine Minister in den Ämtern für Inneres, Finanzen, Wirtschaft und Verkehr, Landwirtschaft, Volkswohlfahrt und Volksbildung vor. Der Abgeordnete Wilhelm Kuklinski aus Kronshagen, Parteisekretär der SPD, weist darauf hin, dass „sich unter den gegenwärtigen Mitgliedern auch solche befinden, die in der Vergangenheit starke Beziehungen zu der NS-Partei hatten“. Genau das hatten die Briten durch die Ernennung der Abgeordneten eigentlich verhindern wollen. Einige Parlamentarier schlagen vor, alle Abgeordneten zu überprüfen und die Militärregierung zu bitten, keinen ehemaligen NSDAP-Angehörigen „als Mitglied des Provinziallandtages

zu bestätigen“. Steltzer will über diese Frage aber nicht diskutieren – zunächst müssten die Grundlagen für die praktische Arbeit des Parlaments geschaffen werden.

Das nächste Mal kommt der Landtag Mitte März zusammen, im April wählt er dann ein eigenes Präsidium und Paul Husfeldt, Gemeindepastor aus Kiel, zum ersten schleswig-holsteinischen Landtagspräsidenten. Ab der fünften Sitzung im Juni haben sich die Parlamentarier in Fraktionen organisiert – der CDU gehören 16 Mitglieder an, der SPD 23, der KPD sechs, der FDP zwei und der Dänischen Volksgruppe einer.

Schon im Dezember ist Schluss

Lediglich neunmal tagt der erste ernannte Landtag, bis die Besatzungsmacht Anfang Dezember ein zweites Parlament bestimmt. Im September und Oktober hatte es die ersten Gemeinde- und Kreiswahlen nach dem Krieg gegeben. Um eine Art demokratischer Legitimation des Landtages zu schaffen, hatte Steltzer gefordert, die Ergebnisse dieser Wahlen zu berücksichtigen. Er wurde ermächtigt, den Landtag aufzulösen. Der zweite ernannte Landtag spiegelt in den Fraktionsstärken die Kommunalwahlergebnisse. Auch dieses Parlament ist nur kurz im Amt. Sein Hauptwerk: die erste freie Landtagswahl im April 1947 vorbereiten. Die Briten erlauben den Schleswig-Holsteinern das zentrale demokratische Grundrecht – sie dürfen ab jetzt wieder selbst wählen.

Vivien Albers

Festveranstaltung im Schauspielhaus

Der Schleswig-Holsteinische Landtag begeht den 70. Jahrestag des ersten ernannten Landtages mit einer Festveranstaltung an historischer Stätte: im Kieler Schauspielhaus in der Holtenauer Straße, wo am 26. Februar 1946 die erste Sitzung des ernannten Landtages stattgefunden hat. An die großen Themen und kleinen Geschichten aus 70 Jahren Landtag wird eine „interfraktionelle Gesprächsrunde“ erinnern, an der neben dem Historiker Uwe Danker ehemalige und aktuelle Landtagsabgeordnete teilnehmen werden. Umrahmt werden diese Beiträge durch Film- und Bilddokumente aus 70 Jahren Landtagsgeschichte. Die Festveranstaltung beginnt am Dienstag, den 14. Juni 2016, um 18:00 Uhr im Kieler Schauspielhaus, Holtenauer Str. 103. Anmeldungen sind bereits jetzt möglich.

E-Mail: anmeldung@landtag.ltsh.de; Fax: 0431/988-1119



Blickpunkt Wahljahr 2017

Noch ist ein gutes Jahr Zeit bis zur Landtagswahl, für die der 7. Mai 2017 als Termin im Gespräch ist. Doch es sind schon erste Personalentscheidungen gefallen. Die CDU hat im März begonnen, ihre Wahlkreiskandidaten aufzustellen. Die SPD lässt sich bis zum Herbst Zeit. Christ- und Sozialdemokraten konkurrieren traditionell um die Direktmandate in den 35 – teilweise neu geschnittenen – Wahlkreisen im Lande. Um den Jahreswechsel 2016/17 herum stehen dann die Listenparteitage der im Landtag vertretenen Parteien an.

Sie kandidieren erneut:

Landtagspräsident **Klaus Schlie** möchte sein CDU-Mandat im Wahlkreis Lauenburg-Nord verteidigen. +++ CDU-Fraktionschef **Daniel Günther** bewirbt sich erneut um das Mandat in Eckernförde. +++ Die Unionsabgeordnete **Petra Nicolaisen** tritt wieder in Flensburg-Land an. +++ **Tobias Koch** will für die CDU den Wahlkreis Stormarn-Mitte halten. +++ **Hartmut Hame-rich** ist erneut CDU-Kandidat in Ostholstein-Süd. +++ **Peter Lehnert** (CDU) geht erneut in Pinneberg-Nord ins Rennen. +++ In Norderstedt will CDU-Frau **Katja Rathje-Hoffmann** ihr Mandat verteidigen. +++ Das Mandat in Pinneberg-Elbmarschen will **Barbara Ostmeier** für die CDU behaupten. +++ **Axel Bernstein** geht für die CDU wieder in Segeberg-Ost an den Start. +++ Der CDU-Kandidat für Nordfriesland-Süd ist erneut **Klaus Jensen**. +++ FDP-Fraktionschef **Wolfgang Kubicki** will sowohl für die Bundes- als auch die Landtagswahl kandidieren. Sollte die FDP den Wiedereinzug in den Bundestag schaffen, zieht es Kubicki nach Berlin. +++ Der ehemalige CDU-Abgeordnete **Volker Nielsen** will den Wahlkreis Dithmarschen-Nord erobern. +++ **Michael von Abercron**, ab 2009 drei Jahre für die CDU im Parlament, tritt in Elmshorn an.

Sie kandidieren nicht mehr:

Peter Sönnichsen (CDU) aus dem bisherigen Wahlkreis Plön-Süd/Eutin kandidiert nicht wieder. Gleiches gilt für die Unionspolitiker **Volker Dornquast** (Segeberg-West), **Karsten Jasper** (bisheriger Wahlkreis Dithmarschen-Nord) und **Heike Franzen** (bisheriger Wahlkreis Schleswig-Nord). +++ Auch die SPD-Abgeordneten **Jürgen Weber** (Kiel-West) und **Peter Eichstädt** (Landesliste, stammt aus dem Kreis Herzogtum Lauenburg) treten nicht noch einmal an. +++ Nach drei Jahrzehnten in Landtag und Landesregierung will Justizministerin **Anke Spoorendonk** nicht mehr für den SSW antreten. +++ Auch der langjährige SPD-Abgeordnete und derzeitige Wissenschaftsstaatssekretär **Rolf Fischer** zieht sich zurück. +++ Bei den Piraten verkündeten Ende Januar mehrere Abgeordnete, nicht wieder antreten zu wollen: **Torge Schmidt** (Fraktionsvorsitzender), **Angelika Beer** und **Sven Krumbeck**.

(Stichtag: 17. März)

Meldungen

Wolfgang Dudda, Piraten-Abgeordneter aus Kiel, ist neuer Landesvorsitzender seiner Partei. Auf einem Parteitag Ende Januar in Neumünster erhielt er 37 von 46 Stimmen. Dudda, der keinen Gegenkandidaten hatte, ist Nachfolger von Christian Thiessen, der nicht nochmal kandidierte. Mit Duddas Wahl brach die Partei ein ungeschriebenes Piraten-Gesetz: Bisher galt eine strikte Trennung von Parteiamt und Parlamentsmandat.

Marlies Fritzen, Grünen-Abgeordnete und Landtagsvizepräsidentin, ist neues stellvertretendes Mitglied im Verwaltungsrat der Schleswig-Holsteinischen Landesforsten. Der Landtag wählte sie im März mit großer Mehrheit. Fritzen war von SPD, Grünen und SSW vorgeschlagen worden. Sie tritt die Nachfolge von Olaf Schulze an. Der SPD-Abgeordnete hatte sein Mandat niedergelegt, nachdem er zum Bürgermeister von Geesthacht gewählt worden war.

Runde Geburtstage

Prof. Karl Otto Conrady aus Köln, von 1967 bis 1969 für die SPD im Landtag, hat am 21. Februar seinen **90. Geburtstag** gefeiert.

Ute Bress aus Pinneberg, von 1987 bis 1988 für die FDP im Landtag, hat am 15. Februar ihren **80. Geburtstag** gefeiert.

Karl-Heinz Stegmann aus Strande, von 1984 bis 1987 für die CDU im Landtag, hat am 7. Februar seinen **80. Geburtstag** gefeiert.

Hans-Jürgen Wolter aus Lübeck, von 1975 bis 1983 für die SPD im Landtag, hat am 26. Februar seinen **75. Geburtstag** gefeiert.

Roswitha Müllerwiebus aus Hasloh, von 1998 bis 2000 und von 2004 bis 2005 für die SPD im Landtag, hat am 23. Januar ihren **70. Geburtstag** gefeiert.

Herzlichen Glückwunsch!

Impressum

Herausgeber:

Der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Redaktion:

Referat für Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsmanagement, Düsterbrookweg 70, 24105 Kiel
Tobias Rischer (V.i.S.d.P.) Tel. 0431/988-1120, tobias.rischer@landtag.ltsh.de
Karsten Blaas (Redakteur) Tel. 0431/988-1125, karsten.blaas@landtag.ltsh.de
Vivien Albers (Volontärin) Tel. 0431/988-1123, vivien.albers@landtag.ltsh.de

Fotos:

Regina Baltschun, Thomas Eisenkrätzer, Michael August, Karsten Blaas, Vivien Albers, Janine Wergin, Landesarchiv, Graphikfoto/Michael Staudt, Thomas Großbölting, Zentrum für Mission und Ökumene Breklum, Marianne Ehlers, Christoph von Marschall, Bernd Boehm

Konzept:

Stamp Media im Medienhaus Kiel, Ringstraße 19, 24114 Kiel, www.medienhaus-kiel.de; Titelseite: Amatik, Boninstraße 63, 24114 Kiel

Gestaltung, Layout:

Agentur LOADSMAN / I. Schumacher, Arp-Schnitger-Weg 38, 24229 Strande, www.loadsmann.de

Herstellung, Druck:

Druckgesellschaft Joost & Saxen, Eckernförder Str. 239, 24119 Kronshagen, www.druckgesellschaftmbh.de

Bezug der Landtagszeitschrift: (Abonnement und Versand kostenfrei)

Landtag Schleswig-Holstein, Ref. f. Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsmanagement, L1410, Postfach 7121, 24171 Kiel, Telefon 0431/988-1163, Fax 0431/988-1119, bestellung@landtag.ltsh.de

Die Zeitung wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 17. März 2016

Der Landtag im Internet: www.sh-landtag.de

Trauer um Karl Otto Meyer

Als er 16 Jahre alt war, lag die Einberufung zur Wehrmacht vor ihm auf dem Tisch. Er machte sich bei Nacht und Nebel auf über die Grenze und ging in den dänischen Widerstand. Was immer noch kam, ein ungemein intensives Leben als Lehrer, Chefredakteur und Politiker – die Tatsache, der Mittäterschaft in Hitlers Eroberungs- und Vernichtungskrieg erst in letzter Minute entronnen zu sein, war und blieb die prägende Erfahrung in Karl Otto Meyers Leben.

Er wird am 16. März 1928 in Sünderup geboren, das damals noch ein Vorort von Flensburg war. Dort besucht er die Duborg Skolen, absolviert in Skaarup das Lehrexamen und leitet nach einem kurzen Intermezzo in Husum bis 1963 die dänische Schule in Schafflund. Doch schon früh erwacht in dem Pädagogen der Homo Politicus. Bereits der aufmüpfige 13-Jährige wird von der Gestapo verhört, der Junglehrer erhält Unterrichtsverbot, weil er gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik protestiert. Meyer zieht erfolgreich vor Gericht. Von 1963 bis 1983 steht er an der Spitze der Redaktion von „Flensburg Avis“.

Das parteipolitische Engagement beginnt 1959 an der Basis, im Gemeinderat von Schafflund, setzt sich im Kreistag des damaligen Kreises Flensburg-Land fort und führt ihn am 26. Oktober 1971 als Nachrücker des verstorbenen Berthold Bahnsen in den Landtag. Von 1960 bis 1975 ist er Vorsitzender des SSW, seit 1965 Mitglied des Ausschusses für Fragen der dänischen Minderheit beim Bundesinnenministerium in Bonn.

Meyers Vierteljahrhundert im Schleswig-Holsteinischen Landtag von 1971 bis 1996 ist ein Spiegelbild dieser Epoche in all ihren Facetten. Eine Auflistung aller Funktionen seines genauso reichen wie rastlosen parlamentarischen Wirkens würde Seiten füllen. Er war Mitglied des Ältestenrats, Vorsitzender der Begleitenden Verfassungskommission, er saß in acht Untersuchungsausschüssen und im länderübergreifenden Gremium für Fragen der deutschen Einheit.

Ein Zwölf-Stunden-Tag folgte dem nächsten. Meyer selbst kokettierte gern damit, dass er in der „Ein-Mann-Fraktion“ des SSW sein eigener innen-, wirtschafts-, haushalts-, justiz- und schulpolitischer Sprecher war – und es bei alledem noch

verstand, die Arbeitsatmosphäre „hyggelig“ zu gestalten. Manchmal bekam man in seinem Büro schon morgens um zehn ein Gläschen „Jubi“, den berühmten dänischen Jubiläumsaquavit.

Mehrfach hat er um sein Mandat gezittert. Bei der Wahl 1983 musste er bis 21:48 Uhr warten, ehe er den letzten im Landtag zu vergebenen Sitz bekam. Wohl auch deshalb hat er schon früh bekundet, mit seiner einen Stimme nie zum „Königsmacher an der Förde“ werden zu wollen. 1987 wäre es fast so weit gewesen, aber „Karl Otto“, wie er von Freund und Feind liebe- und respektvoll genannt wurde, weigerte sich standhaft, die Wiederwahl des CDU-Ministerpräsidenten Uwe Barschel mitzutragen, und erzwang Neuwahlen. Er erhielt Morddrohungen, und im fernen München polterte Franz Josef Strauß, ein deutsches Land dürfe nicht von einem Dänen regiert werden – was Meyer als Kompliment einstufte.

Im politischen Ruhestand widmete er sich der Schafzucht in Schafflund. 2008 lehnte er die ihm angetragene Ehrenbürgerwürde Schleswig-Holsteins ab, die ihn in eine Reihe mit Helmut Schmidt und Heide Simonis gestellt hätte. Durch die Begründung, sein Engagement habe „immer der Minderheit, und nicht Schleswig-Holstein oder Deutschland“ gegolten, stellte er abermals fest, als was er sich selbst empfand: als „Däne mit deutschem Pass“.

Den Tod seiner Frau Marie im Jahre 2011 hat er nie verwunden. Am 7. Februar 2016 senkte sich der Danebrog vor dem Haus im Schafflunder Buchauweg auf halbmast. Karl Otto Meyer, die große Integrations- und Identifikationsfigur der dänischen Minderheit, eine Legende schon zu Lebzeiten, war tot. Er wurde 87 Jahre alt.

Dr. Klaus Kellmann



Trauer um Gert Roßberg und Max Werner Detlefsen

Der Landtag hat zwei weitere verstorbene Abgeordnete mit Schweigeminuten geehrt.



Der ehemalige SPD-Abgeordnete Gert Roßberg, der dem Landtag von 1987 bis 1992 angehörte, ist am 4. Januar im Alter von 83 Jahren verstorben. Als Leiter der Volkshochschule Flensburg und stellvertretender Direktor der Akademie Sankelmark sei Roßberg „ein Mann des Wortes und ein entschiedener Streiter für das Zusammenwachsen Europas“ gewesen, sagte Landtagspräsident Klaus Schlie. Der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler war zudem 16 Jahre lang Vorsitzender des SPD-Kreisverbandes Flensburg.



Am 8. Februar ist der ehemalige CDU-Abgeordnete Max Werner Detlefsen im Alter von 88 Jahren gestorben. Der Landwirt aus Lindaunis an der Schlei gehörte dem Parlament von 1983 bis 1987 an. Landtagspräsident Klaus Schlie würdigte Detlefsen als „geradlinige, zupackende und durch und durch bodenständige Persönlichkeit“. Detlefsen erhielt für sein kommunalpolitisches Engagement, unter anderem als Kreistagsabgeordneter, Amtsvorsteher und Bürgermeister der Gemeinde Boren, das Bundesverdienstkreuz am Bande sowie die Freiherr-vom-Stein-Medaille.

Meldungen für das Ehrenamt



Viele Beschlüsse, die der Landtag fasst, haben direkte Auswirkungen auf Kommunalpolitik, Vereinsarbeit und Bürgerinitiativen.

Auf dieser Seite finden ehrenamtlich engagierte Bürger diese Themen im Überblick.

Windkraft-Ausbau: Gemeinden sollen nach Willen der Piraten ein Veto-Recht gegen Windkraftanlagen auf ihrem Gebiet bekommen. Laut dem Entwurf für ein „Gesetz zum Schutz der Akzeptanz der Windenergienutzung“ sollen die Kommunen Windparks verhindern können, wenn an anderer Stelle ausreichend Flächen für Windenergie zur Verfügung stehen. Für dieses Ziel gab es in der März-Sitzung breite Unterstützung. Ob der Piraten-Plan rechtsicher ist, soll nun im Umwelt- und Agrar- sowie im Innen- und Rechtsausschuss geklärt werden.

Hintergrund: Das Oberverwaltungsgericht hatte Anfang 2015 die Regionalpläne für den Windenergieausbau gekippt. Das Gericht rügte, dass Gemeinden, die gegen Windparks waren, von vornherein ausgenommen wurden. Ein Gemeinderatsbeschluss oder ein Bürgerentscheid gegen Windkraft seien nicht höher zu bewerten als das Recht der Grundeigentümer und Investoren, so die Richter. Daraufhin erließ die Landesregierung einen Baustopp bis 2017 – mit einigen Ausnahmen. Zurzeit stellt das Land neue Regionalpläne auf und informiert vor Ort über den Windkraftausbau und Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. Ein Fachkongress im Juni in Kiel soll die rechtlichen Fragen beleuchten. Geplant ist, dass zwei Prozent der Landesfläche für Windkraft genutzt werden.

(Drucksache 18/3941)

Standards beim Wohnungsbau: Die Landesregierung will Baustandards senken, damit Kommunen und Investoren schneller neuen Wohnraum für Flüchtlinge schaffen können. Das sieht ein Gesetzentwurf vor, der nun im Innen- und Rechtsausschuss beraten wird. Der Entwurf zielt auf eine bis Ende 2019 befristete Sonderregelung in der Landesbauordnung ab. Konkret sollen Vorschriften zur Deckenhöhe, zur Barrierefreiheit oder zur Zahl der Parkplätze flexibler gefasst werden. Dadurch sollen innerhalb

von fünf Jahren 20.000 neue Wohnungen entstehen. Die Flüchtlingsunterkünfte sollen später in Mietwohnungen umgewandelt werden. In der März-Sitzung kam Kritik von der Opposition. Ein „Flüchtlingssonderrecht“ könne den sozialen Frieden gefährden. Zudem wurde eine „Ghetto-bildung“ befürchtet. (Drucksache 18/3907)

Kameradschaftskassen: Die Kameradschaftskassen der Freiwilligen Feuerwehren sollen künftig als Sondervermögen nach den Regeln der Gemeindehaushaltsordnung geführt werden. Demnach müssten die Wehren Einnahmen- und Ausgabenrechnungen aufstellen. Dies sieht ein Entwurf von SPD, Grünen und SSW zur Änderung des Brandschutzgesetzes und der Gemeindeordnung vor, der im Februar an den Innen- und Rechtsausschuss überwiesen wurde. Bisher werden diese Kassen in Eigenregie geführt. Dies, so die Koalition, bewege sich im rechtsfreien Raum, da eine Feuerwehr – anders als ein Verein – hoheitliche Aufgaben übernehme. Die CDU will dem Vernehmen nach den Wissenschaftlichen Dienst des Landtages klären lassen, ob die Gemeindevertretungen den Kassenhaushalt genehmigen oder nur zur Kenntnis nehmen müssen. (Drucksache 18/3850)

Ausweisung von Baugebieten: Die Regierungsfractionen wollen mit Blick auf die „zum Teil erheblichen Sachschäden“ durch Hochwasser und Sturmfluten die Bebauung an Schleswig-Holsteins Küsten und in weiteren Risikogebieten einschränken. Ein Gesetzentwurf sieht vor, dass an Dünen, Steilküsten oder Strandwällen bis zu 150 Meter landwärts nicht gebaut werden darf. Darüber hinaus soll bei Regionaldeichen ein Abstand von 25 Metern zur Innenböschung eingehalten werden, bei Landesschutzdeichen bleibt es bei der 50-Meter-Abstandsregelung. Laut der Begründung zum Gesetzentwurf habe sich zuletzt beim Dezember-Hochwasser 2014 gezeigt, dass bauliche Anlagen teilweise

ohne ausreichenden Hochwasserschutz errichtet wurden. Von ihnen gingen „erhebliche Gefahren“ für Bewohner und Umwelt aus. Der Gesetzentwurf wird im Umwelt- und Agrarausschuss sowie im Wirtschaftsausschuss beraten. (Drucksache 18/3851)

Freie Wohlfahrtspflege: Die CDU will die Freie Wohlfahrtspflege besser absichern. Ab 2017 sollen nach den Plänen der Union jedes Jahr 2,2 Millionen Euro Finanzhilfe an die in der Landesarbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen sieben Verbände fließen. Derzeit wird die Finanzierung in einem „Sozialvertrag“ für einen Zeitraum von jeweils fünf Jahren geregelt. Zu den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege gehören die Arbeiterwohlfahrt, die Caritas, das Deutsche Rote Kreuz, die Diakonie, die Jüdische Gemeinschaft, der Landesverband der Jüdischen Gemeinden sowie der Paritätische Wohlfahrtsverband. Mit rund 83.000 hauptamtlichen und 97.000 ehrenamtlichen Kräften betreiben sie mehr als 2.000 gemeinwohlorientierte Einrichtungen. Der Gesetzentwurf sowie ein Änderungsantrag der FDP werden nun im Sozial- und im Finanzausschuss beraten.

(Drucksachen 18/3809, /3877)

Hundesteuer: Die Piraten wollen es Gemeinden untersagen, für „gefährliche Hunde“ eine höhere Steuer zu erheben. Mit einer Änderung des Kommunalabgabengesetzes wollen sie erreichen, dass der Steuersatz nicht mehr von der Zugehörigkeit zu einer Rasse abhängig gemacht werden darf. Der Landtag hatte die umstrittene Rasseliste für sogenannte Gefährhunde zum Jahresanfang abgeschafft. Nicht die Rasse, sondern das individuelle Verhalten ist nun entscheidend dafür, ob ein Hund beispielsweise einen Maulkorb tragen muss. Eine Besteuerung nach Rasse ist aber nach wie vor möglich – eine gesetzliche „Lücke“, so die Piraten. Hierüber beraten nun der Umwelt- und Agrar- sowie der Innen- und Rechtsausschuss. (Drucksache 18/3945)

Streit um Lehrmaterial zur sexuellen Vielfalt

Um das Schulmaterial zur Aufklärung über Homo- und Transsexuelle ist ein Streit zwischen Koalition und Opposition entbrannt. Die Abgeordneten diskutierten Ende Februar im Bildungsausschuss über das Geld, das für den Methodenschatz „Echte Vielfalt unterm Regenbogen“ an den Lesben- und Schwulenverband geflossen ist.

Die Landesregierung hatte das Lehrmaterial für Grundschüler auch nach Überarbeitung als untauglich eingestuft. Kritiker monieren, die klassische Mutter-Vater-Kind-Familie werde als gesellschaftliche Ausnahme dargestellt. Trotzdem habe das Sozialministerium die vertraglich vereinbarten 50.000 Euro in voller Höhe bezahlt, kritisierten CDU und FDP. Sie pochen darauf, dass der Verband einen Teil des Geldes zurückzahlen soll. Denn: In einem Vertragsanhang seien die Kosten für „exemplarisches Unterrichtsmaterial“ exakt beziffert.

Sozialministerin Kristin Alheit (SPD) sieht dazu aber keinen Anlass. Der Methodenschatz sei nur ein Teil eines umfangreichen, äußerst erfolgreichen „Aktionsplans gegen Homophobie“, den der Landtag im Januar 2014 auf den Weg gebracht habe. Die Lehrinhalte sollen nun in neue Fachanforderungen des Heimat-, Welt- und Sachunterrichts einfließen. Die Koalitionsfraktionen stellten sich hinter die Ministerin. Die Opposition will Alheit im April nochmals im Ausschuss hören.

Von „Eulen“ und „Lerchen“ – soll die Schule später starten?

Die meisten Jugendlichen sind nachtaktive „Eulen“ – und kommen morgens schwer aus den Federn. Deswegen fordern die Piraten einen späteren Schulbeginn, damit sich der Nachwuchs ausschlafen kann. Die Reaktion im Bildungsausschuss war Mitte Januar gespalten.

Nicht das Land, sondern die Schulkonferenzen seien für die Unterrichtszeiten zuständig, betonte Jette Waldinger-Thiering (SSW): „Das Thema ist in Paragraph 63, Absatz 1 des Schulgesetzes hinreichend geregelt.“ Anke Erdmann (Grüne) befürchtet „sehr viele organisatorische Probleme“, wenn der Unterricht später startet – etwa beim Schulbusverkehr.

Pirat Sven Krumbeck sieht gerade in den Schulkonferenzen Aufklärungsbedarf. „Lerchen“ und Frühaufsteher seien oft der Meinung: „Wer nicht aus dem Bett kommt, ist nicht leistungsbereit und faul.“ Die Politik müsse gegen solche Vorurteile angehen. Rückendeckung bekam Krumbeck von Anita Klahn (FDP): „Das Thema ist vielschichtiger, als es vermuten lässt. Es geht darum: Wie organisieren Familien ihren Alltag? Wann ist die beste Zeit für Schüler, altersgerecht zu lernen?“ Auch Heike Franzen (CDU) betonte: „Wir brauchen eine gesellschaftliche Diskussion darüber, wie man Schul- und Arbeitswelten anpassen kann“. Die Debatte wollen die Bildungspolitiker nun mit Schüler- und Elternvertretungen vertiefen.

Kite-Surfen wird eingeschränkt: Trendsport kontra Tierschutz



Ein schnelles Board unter den Füßen und ein Lenkdrachen zum Abheben in den Händen: Das sogenannte Kite-Surfen begeistert seit einigen Jahren die Wassersportler.

Die Hochgeschwindigkeitssegler verschrecken allerdings oftmals die Tierwelt. Deswegen will die Landesregierung nun gegensteuern – ohne den Trendsport aus Schleswig-Holstein zu vertreiben.

So ist an der Nordsee mit Blick auf den Nationalpark Wattenmeer ein grundsätzliches Kite-Verbot geplant, mit Ausnahme sogenannter Hot-Spots wie Sylt, Föhr, Büsum oder Sankt Peter-Ording. Das betonte Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) Anfang Februar im Wirtschaftsausschuss. An der Ostseeküste soll es kein generelles Verbot geben. Das grundsätzlich freie Surfen soll aber in neun

kleineren Naturschutzgebieten eingeschränkt oder verboten werden. Umwelt-Staatssekretärin Silke Schneider bezifferte die geplanten Einschränkungen auf 30 Kilometer der etwa 400 Kilometer langen Ostseeküste Schleswig-Holsteins. Probleme gebe es etwa auf Fehmarn, so Schneider: Einheimische beachten zwar die Rast- und Brutzeiten der Vögel, Auswärtige tun sich damit hingegen schwer.

Trotz der neuen Verbotszonen befürchte er kein Minus im Tourismus, betonte Minister Meyer: „Schleswig-Holstein profitiert von dieser Trendsportart auch weiterhin.“ Dass die Brett-Artisten künftig nach Dänemark durchfahren könnten, wenn das derzeit fast überall mögliche Surfen im Lande eingeschränkt wird, befürchtet Meyer nicht: „Ein Kiter kann es auf Sylt tun, warum sollte er nach Röm weiterfahren?“, reagierte er auf eine Frage des CDU-Wirtschaftsexperten Johannes Callsen, der die Ausschussdebatte angestoßen hatte.

NEUE SERIE

BÜCHER ECKE

Die Bibliothek des Landtages lädt ein



Die Landtagsbibliothek ist eine Service-Einrichtung für Abgeordnete und für Mitarbeiter aus Fraktionen und Verwaltung. Aber sie steht auch der Öffentlichkeit zur Verfügung. Interessierte Bürger sind im zweiten Stock des Landeshauses herzlich willkommen. Dort lagern 25.000 Bände aus den Gebieten Recht, Politik, Verwaltung, Sozialwissenschaften, Geschichte und Landeskunde. Als Appetithappen präsentieren die Mitarbeiterinnen der Bibliothek in dieser Serie Werke aus ihren Regalen.

Interessiert? Die Bibliothek ist von Montag bis Freitag zwischen 8:30 Uhr und 12:00 Uhr sowie zwischen 13:00 und 16:00 Uhr geöffnet. Bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit. Weitere Informationen gibt es bei den Bibliothekarinnen Vera Lauffs (Tel. 0431/988-1110) und Pamela Kahl (Tel. 0431/988-1111). Bei der Büchersuche hilft der Online-Katalog auf der Website des Landtages: www.sh-landtag.de, „Service“, Rubrik „Landtagsbibliothek“



Dokumentation zum Altenparlament erschieden – Broschüren neu aufgelegt

Die Dokumentation des Altenparlaments, das Ende September im Landtag zusammenkam, ist nun erschienen. Der 350 Seiten starke Band enthält alle Beschlüsse der Altenparlamentarier sowie die Stellungnahmen hierzu aus den Fraktionen, aus der Landesregierung und von den schleswig-holsteinischen Bundestags- und Europaabgeordneten.

Inzwischen sind viele Broschüren des Landtages mit dem neuen Parlamentslogo und in aktueller Aufmachung erschienen – etwa das Handbuch mit zentralen Gesetzestexten und den Lebensläufen aller Abgeordneten oder das Schulbuch „Durchblick – wie arbeitet der Landtag?“

Die Publikationen können kostenlos bestellt werden:
bestellung@landtag.ltsh.de

Mehr zu den Veröffentlichungen des Landtages steht auch auf der Website www.sh-landtag.de unter „Service“, Rubrik „Publikationen bestellen“.



Parlamentsrecht. Praxishandbuch.

Hrsg.: Prof. Dr. Martin Morlok, Prof. Dr. Utz Schliesky, Dr. Dieter Wiefelspütz.

Baden-Baden: Nomos 2016. 1846 S.

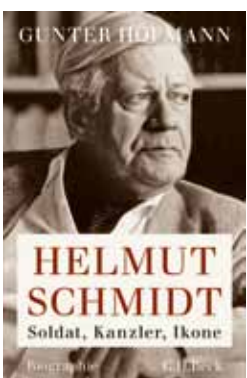
Zahlreiche renommierte Autoren aus Wissenschaft und Verwaltung haben an dieser umfassenden, fundierten Gesamtdarstellung des deutschen Parlamentsrechts einschließlich seiner politisch-praktischen Handhabung gearbeitet. Besonders für die Juristen der Landtagsverwaltung und der Fraktionen ist dieses Standardwerk unverzichtbar und wird die Parlamentsarbeit auf Jahre hinaus begleiten.



Religion. Macht. Politik. Wie viel Religion verträgt der Staat?

Hrsg.: Roland Herpich, Patrick R. Schnabel, Andreas Goetze.
Berlin: Wichern 2015. 439 S.

Ob Gottesbezug in der schleswig-holsteinischen Landesverfassung, Kopftuch im Unterricht oder Kreuz im Gerichtssaal – das Thema Religion und Staat sorgt immer wieder für Diskussionen. Die einen möchten Religion zur reinen Privatsache erklären, die anderen wollen auf eine Verbindung von Kirche und Staat nicht verzichten. Autoren aus Politik und Gesellschaft, aus Judentum, Christentum und Islam widmen sich diesem Thema aus ganz unterschiedlichen Perspektiven.



Helmut Schmidt. Soldat, Kanzler, Ikone.

Biographie von Gunter Hofmann.

München: Beck 2015. 463 S.

Jahrzehntelang begleitete Gunter Hofmann als Journalist das Wirken von Helmut Schmidt. Eindringlich schildert er die Lebensgeschichte dieses Mannes, sein Handeln und seine Persönlichkeit, seine Beziehungen zu Weggefährten und Widersachern, seine Ehe mit Loki. Diese ausgewogene und kenntnisreiche Biografie bringt den Leser ganz nah an Helmut Schmidt heran. Ein eindrucksvoller Rückblick auf einen großen Deutschen und zugleich ein glänzend geschriebenes Stück Zeitgeschichte.



Christian Meyer-Heidemann (re.) bei seiner Ernennung durch Landtagspräsident Klaus Schlie und Landtagsdirektor Utz Schliesky.

Für mehr Bürgersinn, gegen Untertanengeist

Gespräch mit Dr. Christian Meyer-Heidemann,
neuer Landesbeauftragter für politische Bildung

Was reizt Sie an der Aufgabe des Landesbeauftragten für politische Bildung?

Politik lebt vom Streit um verschiedene Vorstellungen, wie das gemeinsame Zusammenleben verbindlich geregelt werden soll – das ist eine wesentliche Voraussetzung einer lebendigen Demokratie. Das setzt aber eine gemeinsame rechtsstaatliche Grundlage voraus, die diesen demokratischen Streit möglich und für alle erträglich macht. Diesen Grundkonsens – allem voran die Unantastbarkeit der Menschenwürde – müssen wir in den Köpfen und Herzen aller Bürgerinnen und Bürger immer wieder erneuern. Leider führen uns dies Extremisten und Fremdenfeinde, die die Menschenwürde mit Füßen treten, auch in diesen Tagen deutlich vor Augen. Durch politische Bildung dazu beizutragen, dass uns die Grundlagen unseres freiheitlich-demokratischen Zusammenlebens nicht wegbrechen, ist für mich nicht nur eine reizvolle, sondern vor allem eine sinnvolle Aufgabe.

Welche Akzente wollen Sie in Ihrem Amt setzen?

Es freut mich, dass Sie von „Amt“ sprechen, denn es handelt sich ja nicht um einen „Job“ oder „Posten“, wie verschiedentlich in anderen Medien geschrieben wurde. Als Amtsinhaber möchte ich mich zunächst einmal

um eine gute Amtsführung bemühen. Das heißt Sorge dafür zu tragen, dass mein Team und ich unabhängige und überparteiliche politische Bildungsarbeit leisten. Insbesondere möchte ich Jugendliche erreichen, denn das sind schließlich die Bürgerinnen und Bürger von morgen. Um diese wichtige Zielgruppe zu erreichen, brauchen wir mehr digitale Angebote politischer Bildung.

Ihre Dissertation heißt „Selbstbildung und Bürgeridentität“. Sie sprechen davon, dass das Leitbild der politischen Bildung eine gelingende Bürgeridentität ist – können Sie das erläutern?

Ob wir tatsächlich Bürgerin oder Bürger dieser Republik sind, ist doch nicht allein eine rechtliche Frage. Mir geht es darum, dass sich die Menschen selbst als Bürgerin oder Bürger verstehen und auch entsprechend selbstbewusst handeln. Politische Bildung kann diese Entwicklung fördern. Leider beobachten wir ja, dass sich einige Menschen auch hierzulande eher wie Untertanen verhalten. Sie schimpfen beispielsweise auf „den Staat“ und sind noch nie auf die Idee gekommen, dass sie sich selbst – und sei es nur in ihrem nächsten Umfeld – beteiligen und etwas verändern können. Mit diesen Menschen müssen wir ins Gespräch kommen und Beteiligungsmöglichkeiten aufzeigen.

2017 ist in Schleswig-Holstein wieder Landtagswahl, 2012 sank die Wahlbeteiligung auf gerade einmal 60 Prozent. Wie kann man wieder mehr Menschen an die Wahlurne locken?

Mit dem Wort „locken“ habe ich so meine Probleme. Die Frage ist doch: Für wen gehe ich denn wählen? Doch nicht für den Staat oder für die Politiker, sondern für mich selbst! Das heißt nicht, dass es nur auf die Durchsetzung meiner eigenen Interessen ankommt, aber es geht um mein eigenes Selbstverständnis. Wenn ich nicht zur Landtagswahl gehe, muss ich wohl die nächsten fünf Jahre mit dem Gefühl leben: „Ich hätte etwas entscheiden können, aber habe mich einfach rausgehalten!“ Das ist keine Haltung, auf die man stolz sein kann.

Was erwarten Sie von den Politikern?

Auch sie sollten sich selbstkritisch hinterfragen: Machen sie ihre Positionen und Entscheidungen hinreichend verständlich? Gehen sie auch bei unbequemen Entscheidungen ehrlich mit den Bürgerinnen und Bürgern um? Zeigen sie sich offen für neue Formen der Beteiligung?

Wie kann politische Bildung für Flüchtlinge zugänglich gemacht werden?

Politische Bildung kann Orientierung geben. Die Denkerin Hannah Arendt hat davon gesprochen, dass Menschen die Welt verstehen müssen, um in ihr heimisch zu werden. Das heißt für diejenigen, die in diesen Tagen eine neue Heimat suchen, dass sie sich selbst etwas Gutes tun, wenn sie unsere Sprache, unsere Kultur und unsere politische Ordnung verstehen lernen. Die Angebote dazu müssen dringend durch entsprechende Bildungsmaterialien und Personal verbessert werden. Aber bilden kann sich letztlich nur jede und jeder selbst.

Die Fragen stellte Vivien Albers

Zur Person:

Christian Meyer-Heidemann, 36 Jahre alt, geboren in Wolfsburg, Lehramtsstudium für Mathematik und Wirtschaft/Politik in Kiel, Promotion, dann Vertretungsprofessor für Wirtschaft/Politik und Didaktik an der Christian-Albrechts-Universität. Im November 2015 Wahl zum Landesbeauftragten für politische Bildung.

Was können die Gäste beim Besucherabend im Landeshaus erleben? Sarah Meyer, Offizierin an der Marineschule in Flensburg-Mürwik, hat im Januar im Landtag hospitiert. Sie hat sich unter die rund 20 Besucher gemischt und ihre Eindrücke aufgeschrieben.

Ein Abend im Landtag abseits des Protokolls

Wer im Glaskasten sitzt – der verschafft sich gerade einen Einblick in die Landespolitik Schleswig-Holsteins oder hat mitunter schon den Durchblick. Etwa einmal im Monat können sich Bürger bei einem offenen Besucherabend über die Arbeit des Landtages informieren und im gläsernen Plenarsaal Platz nehmen. Zur Führung durch das Kieler Landeshaus ist jeder willkommen. Lediglich der Personalausweis ist vorzuzeigen.

Die 15-jährige Leandra macht es sich im schwarzen Drehstuhl des Landtagspräsidenten bequem. „Ich wollte mal der Obermacher sein“, sagt die Schülerin aus Schönkirchen (Kreis Plön). Vom erhöhten Sitzplatz auf dem Podest des Präsidiums hat sie einen guten Überblick über den Plenarsaal. In der Schule nimmt Leandra gerade Politik und Demokratie durch. Zum Besucherabend ist sie mit ihren Eltern gekommen, um ihn „hautnah“ zu erleben – den „Raum aus dem Fernsehen“.

Rund eine Stunde führt eine Mitarbeiterin des Besucherdienstes durch das Haus. Je nach Gruppengröße und Interesse geht es in verschiedene Räume – den früheren Plenarsaal im ersten Stock, Ausschuss-Sitzungsräume und die Innenhof-Kantine zum Beispiel. Zwar tagt das Parlament nicht montags, wenn der Infoabend stattfindet, ab und an begegnet man aber einem Politiker auf dem Flur.

Es ist ein Abend außerhalb des offiziellen Protokolls. Die Landtagsmitarbeiterin erzählt Anekdoten zum Paternoster, zur „Arbeitslampe“ auf dem Rasen vor dem Plenarsaal, zu spärlich gefüllten „Studententellern“ in der Kantine und zu roten Umlaufmappen, die dringend bearbeitet werden sollen. Ebenso geht es um Bürogrößen, Datenschutz, Verwaltungsabläufe,

Klimatisierung, Schallbrecher oder um die Zeitpläne der Plenarsitzung, die von der Aktualität über den Haufen geworfen werden.

Birte Janßen aus Wahlstedt (Kreis Segeberg) hört den Ausführungen mit ihrem Ehemann aufmerksam zu. Besonders beeindruckt ist sie von der „Offenheit und Aufgeschlossenheit“, die sie an diesem Abend erlebt. Die Bibliothekarin verlässt das Landeshaus mit einem „ganz neuen Bild von der Regierung und der Politik“, sagt sie. Die 41-Jährige hat sich vorgenommen, über die Internetseite des Landtages auf dem Laufenden zu bleiben.



Höhepunkt jedes Rundgangs ist die „Einnahme“ des Plenarsaals. Die Besichtigung des wasserseitigen Anbaus, in dem sonst Abgeordnete und Vertreter der Landesregierung tagen, ist „ein Privileg, das der Schleswig-Holsteinische Landtag gern seinen Besuchern anbietet“, betont der Besucherdienst. Den Plenarsaal des Bundestages in Berlin dürfen nur Abgeordnete, Regierungsmitglieder und Saaldiener betreten. In Kiel ist jeder eingeladen, hinter die Mauern des

Landtages zu blicken und selbst im Glaskasten Platz zu nehmen.

Sarah Meyer

Termine 2016: 25. April, 30. Mai, 27. Juni, 26. September, 31. Oktober, 28. November.

Op Platt: 6. Juni, 5. September, 5. Dezember.

Zeit: 18:00 Uhr bis ca. 19:00 Uhr.

Treffpunkt: Haupteingang des Landeshauses, ohne vorherige Anmeldung. Bitte bringen Sie Ihren **Personalausweis** mit.

Informationen aus dem Besucherdienst

Statistik: Rund 28.500 Gäste haben im vergangenen Jahr den Landtag besucht. Ein Grund für diese Rekordzahl: Der Tag der offenen Tür am 12. Juli lockte allein 15.000 Menschen an. Weitere 13.500 Interessierte nutzten die Programmangebote des Besucherdienstes, kamen zu Kunstausstellungen oder Veranstaltungen zur politischen Bildung. Die Gäste stammten aus mehr als 50 Ländern und waren damit internationaler als je zuvor. Mit knapp 60 Prozent machten die Jugendlichen einen Großteil der Besucher aus.

„Speed-Talking“: Ab sofort können Besucher im Rahmen eines „Speed-Talks“ mit Abgeordneten diskutieren. Die Idee: Die Gäste teilen sich in Gruppen auf und haben jeweils zehn bis 15 Minuten Zeit, um einem Parlamentarier auf den Zahn zu fühlen. Dann wechseln sie, wie beim „Speed-Dating“, den Gesprächspartner. Dieses neue Angebot ist eine Ergänzung zur klassischen Diskussion in großer Runde und zum „Kleingruppengespräch“, bei dem sich jeweils ein Abgeordneter eine Stunde lang intensiv um seine Gruppe kümmert.

Anmeldung: Gruppen, die an einem Informationsprogramm, einem Abgeordnetengespräch oder einer Plenardebatte teilnehmen möchten, können sich im Referat für Öffentlichkeitsarbeit bei Sigrid Moser (Tel. 0431/988-1121), Susanne Keller (Tel. 0431/988-1118) oder Andrea Römer (Tel. 0431/988-1116) oder per E-Mail (besucherdienst@landtag.ltsh.de) anmelden.



Mit plattdüütsche Riemels dörch dat Johr

In dieser neuen Gedichtreihe beschreibt Marianne Ehlers ihre Eindrücke von den Jahreszeiten – zunächst widmet sie sich dem schleswig-holsteinischen Frühling. Marianne Ehlers, Jahrgang 1953, ist niederdeutsche Bibliothekarin, Autorin und Sprachpolitikerin. Sie ist Referentin für Niederdeutsch des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes und Landesvertreterin im Bundesrat für Niederdeutsch. Besuchern des Landtages ist Marianne Ehlers durch den Offenen Besucherabend bekannt. Regelmäßig führt sie Interessierte „op Platt“ durch das Landeshaus. Die nächste plattdutsche Führung ist am 6. Juni um 18:00 Uhr.

Fröhjohrsklören

Dat sünd de Klören,
de dat Fröhjohr mit sik bringt –
geel as de Sün, n,
gröön as de Wischen,
blau as de Heven.

Dat sünd de Klören,
de dat Fröhjohr mit sik bringt –
root as de Tulp,
swart as de Vagels,
gries as de Regen.

Dat sünd de Klören,
de dat Fröhjohr mit sik bringt –
bruun as de Eer,
witt as de Wulken,
bunt as dat Leven.

Dat is dat Leven,
wat in't Fröhjohr waken warrt –
warmt uns de Sün, n,
föhlt wi uns beter,
seht wi de Klören.

Marianne Ehlers

Klören (Mz.) = Farben
(Aus dem Französischen: couleur = Farbe)

Abgeordnete persönlich

Sven Krumbek, Piraten
geb. am 12. November 1989 in Kiel
evangelisch, ledig, keine Kinder
Mediengestalter



Wenn ich im Alleingang ein Gesetz beschließen könnte, würde ich ...

... die gesamten Schulen in Schleswig-Holstein verpflichten, Handys im Unterricht nicht mehr zu verbieten, sondern diese für den ‚Digitalen Unterricht‘ und für neue pädagogische Konzepte sowie für freie Lernmaterialien nach dem Wikipedia-Prinzip verwenden.

Wenn ich mir einen Arbeitsplatz oder ein Amt frei wählen könnte, würde ich ...

... am liebsten der Chef von Google werden und die Technologie dazu nutzen, den Menschen zu helfen. Außerdem würde ich mich dafür einsetzen, die Datensammelwut von Google einzudämmen.

Um mehr Jugendliche für Politik zu interessieren, würde ich ...

... den „Jugend im Landtag“-Anträgen mehr Bedeutung beimessen, diese als „echte“ Anträge behandeln und darüber auch in den Ausschüssen abstimmen lassen. Außerdem sollte das Präsidium von „Jugend im Landtag“ gewisse Rederechte im Ausschuss bekommen.

Wenn ich einen Abend lang das Fernsehprogramm bestimmen könnte, würde ich ...

... den ganzen Abend nur Animes, also japanische Zeichentrickfilme, laufen lassen, um ganz viele Leute für meinen Lieblingsregisseur Hayao Miyazaki zu begeistern.

Wenn mich ein Freund nach einem Tipp für seinen Schleswig-Holstein-Urlaub fragt, würde ich ...

... ihn zu den Karl-May-Festspielen nach Bad Segeberg schicken. Und wenn er schon mal dort ist, empfehle ich ihm auch unbedingt den Besuch der Kalkberghöhlen und der Fledermäuse.

Wenn ich eine Zeitmaschine hätte, würde ich ...

... in die Vergangenheit reisen, um mit Konfuzius ein langes und ausführliches Gespräch zu führen – allerdings nur mit einem Dolmetscher. ☺

Katrin Fedrowitz, SPD
geb. am 13. Januar 1973 in Lüneburg
wohnt in Norderstedt
evangelisch, geschieden, keine Kinder
Bürovorsteherin im Rechtsanwalts-
und Notarfach



Wenn ich im Alleingang ein Gesetz beschließen könnte, würde ich ...

... – egal in welchem Fachbereich – zunächst mit denjenigen, die von dem Gesetz betroffen sind und die damit möglicherweise täglich arbeiten müssen, sprechen, um deren Erfahrungen, Bedenken und Anregungen mit zu berücksichtigen. Aus meiner beruflichen Tätigkeit als Bürovorsteherin im Anwalts- und Notariatsbüro weiß ich, dass wir viele Gesetze haben, die in der Praxis für die Betroffenen schwer nachvollziehbar und anwendbar sind. In diesem Zusammenhang würde ich vielleicht lieber mal die bestehenden Gesetze überdenken, ob diese noch zeitgemäß sind, wie zum Beispiel im Bereich des Erbrechts oder auch des Grundstücksrechts.

Wenn ich mir einen Arbeitsplatz oder ein Amt frei wählen könnte, würde ich ...

... mir grundsätzlich die Übernahme jeder verantwortungsvollen Aufgabe vorstellen können. Gleichwohl halte ich es für sinnvoll, zunächst Erfahrungen als Landtagsabgeordnete zu sammeln, um sich dann weiter entwickeln zu können.

Um mehr Jugendliche für Politik zu interessieren, würde ich ...

... nicht nur eine Maßnahme, sondern ein Bündel an Angeboten für Kinder- und Jugendliche machen, um möglichst jede/jeden von ihnen zu erreichen. So wäre im ersten Schritt die Ausweitung der Angebote an Planspielen in Gemeinde- und Stadtvertretungen sowie dem Landtag sinnvoll. Außerdem wäre die Einführung des verpflichtenden Besuches des Landesparlamentes über alle Schularten hinweg mit Gesprächen mit den örtlichen Abgeordneten zu unterstützen. Auch die verstärkte Aufnahme von Praktikanten durch die Landespolitiker wäre für interessierte Jugendliche sicher eine gute Möglichkeit, sich näher mit dem Beruf des Politikers vertraut zu machen und mehr Verständnis für die parlamentarische Arbeitsweise zu schaffen.

Wenn ich einen Abend lang das Fernsehprogramm bestimmen könnte, würde ich ...

... endlich mal wieder einen richtig guten Tatort senden, damit die vielen Tatort-Fans sich nach einer anstrengenden Woche an einem spannenden und gerne auch humorvollen Krimi erfreuen können.

Wenn mich ein Freund nach einem Tipp für seinen Schleswig-Holstein-Urlaub fragt, würde ich ...

... einen Segelurlaub von Schleimünde durch die Schlei bis nach Schleswig empfehlen. Egal bei welchem Wetter kann man hier sowohl den Blick auf die Landschaft genießen als auch einfach die Ruhe auf dem Wasser.

Wenn ich eine Zeitmaschine hätte, würde ich ...

... in die Zukunft reisen, um zu sehen, wie sich die anstehenden politischen Entscheidungen von heute konkret auswirken, um nach meiner Rückkehr für die dann aus meiner Sicht richtigen Alternativen einzutreten.



Am 27. Januar erinnerte der Landtag mit einer Gedenkfeier an die Opfer des Nationalsozialismus. Der russische Botschafter Wladimir M. Grinin hielt die Gedenkrede und trug sich anschließend ins Gästebuch ein: „In Schleswig-Holstein verflochten sich die historischen Schicksale Russlands und Deutschlands.“



Auch die niederländische Botschafterin Monique van Daalen trug sich Mitte März ins Gästebuch des Landtages ein und diskutierte anschließend mit rund 70 Gästen im Schleswig-Holstein-Saal. Thema der Gesprächsrunde, zu der die Europa-Union geladen hatte, war die niederländische EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2016, aber auch die Flüchtlingskrise und das anstehende Europa-Referendum in Großbritannien.

Der Leiter der Stasi-Unterlagenbehörde, Roland Jahn, besuchte Anfang Februar mit Landtagspräsident Klaus Schlie das Informationszentrum „Grenzhus“ im mecklenburgischen Schlagsdorf an der früheren innerdeutschen Grenze. Im Anschluss sprachen sie im Landeshaus unter anderem über die Wanderausstellung „Feind ist, wer anders denkt“. Die Schau über die Staatssicherheit der DDR gastiert vom 6. bis 23. September im Landtag. Schon jetzt können sich Lehrer für eine vom IQSH anerkannte Fortbildung am 6. September anmelden. Am 7. und 8. September bietet die Unterlagenbehörde zudem Schulprojekttag an. Weitere Informationen und Anmeldung unter 030/2324-8937 oder per E-Mail: bildung@bstu.bund.de



Zu Besuch im Landeshaus



Haben Sie ihn erkannt? Der Hamburger Schauspieler Moritz Bleibtreu gastiert zurzeit im Landeshaus – zumindest als Porträt. Die Grünen-Fraktion zeigt auf ihren Fluren noch bis zum 22. April die Ausstellung „Close Up-Malerei“ mit Bildern von Irina Ahrend, die Bleibtreu porträtierte und Bogo Bogomil. Der Eintritt ist kostenlos, bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit.



Engelsgleiche Töne erklangen Anfang Januar im Plenarsaal, als der Landesmusikrat die Harfe als „Instrument des Jahres 2016“ vorstellte. Die preisgekrönte Harfenistin und Schirmherrin Gesine Dreyer spielte mit Landtagspräsident Klaus Schlie ein paar Takte auf dem Zupfinstrument.

Nr. 1/2016 C 2086

Falls Empfänger-Anschrift nicht mehr zu-
treffend, bitte diesen Abschnitt abtrennen
und korrigiert zurücksenden an:

Schleswig-Holsteinischer Landtag,
Referat für Öffentlichkeitsarbeit und
Veranstaltungsmanagement, L1410,
Postfach 7121, 24171 Kiel

Termine, Termine ...



Barlachs „Buchleser“,
Bronzeskulptur von 1936

Ernst Barlach- Ausstellung im Landeshaus

Nicht nur auf unserer Titelseite, auch im Landeshaus ist Kunst von Ernst Barlach zu sehen. Vom 18. April bis zum 15. Mai präsentiert die Ernst-Barlach-Gesellschaft ausgewählte Werke des Künstlers. Der Bildhauer, Zeichner und Schriftsteller (1870 bis 1938) gehört zu den berühmtesten Künstlern des

deutschen Expressionismus. Seine Werke thematisieren die existentiellen Fragen des Menschen in der modernen Welt. Besonders bekannt sind seine Holzplastiken und Bronzeskulpturen. Die Ausstellung zeigt eine Auswahl plastischer, zeichnerischer und grafischer Werke.

Mit der Ernst-Barlach-Ausstellung setzen der Landtag und die Investitionsbank Schleswig-Holstein ihre Reihe „KunSt aktuell im LandesHaus“ fort.

Die Ausstellung ist täglich von 10:00 bis 18:00 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist wie immer frei, bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit.

Die Bürgerbeauftragte vor Ort

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Samiah El Samadoni, ist auch im Frühjahr wieder im Lande unterwegs, um Bürger vor Ort zu beraten.

Dienstag, 19. April: Heide

Dienstag, 26. April: Schwarzenbek

Dienstag, 17. Mai: Heide

Donnerstag, 2. Juni: Lübeck

Dienstag, 21. Juni: Heide

Dienstag, 28. Juni: Schwarzenbek

Dienstag, 19. Juli: Heide

Die Termine in **Lübeck** finden bei der Deutschen Rentenversicherung Nord statt. Ziegelstr. 150, 10:00 bis 17:00 Uhr.

Die Termine in **Heide** finden im Rathaus statt. Postelweg 1, 11:00 bis 15:00 Uhr.

Der Termin in **Schwarzenbek** findet im Rathaus statt. Ritter-Wulf-Platz 1, 11:00 bis 15:00 Uhr.

Zu den Terminen ist eine Anmeldung erforderlich. Telefon: 0431/988-1240. Hinzu kommen die regelmäßigen „Dienstleistungsabende“ in **Kiel**, Karolinenweg 1: **jeden Mittwoch** von 15:00 Uhr bis 18:30 Uhr.

Lesung: Diese Amerikaner!



„Was ist mit den Amis los?“ Eine Frage, die sich so mancher stellt in Zeiten, in denen Donald Trump das Rennen um die Präsidentschaftskandidatur der Republikaner gewinnen könnte. Christoph von Marschall, Redakteur des Berliner „Tagesspiegel“, befasst sich seit langem mit dieser Frage. Als einziger deutscher Journalist hatte er einen White-House-Pass und damit direkten Zugang zum Machtzentrum der USA. Er war der erste deutsche Korrespondent, dem Barack Obama ein Interview gab. Während seiner Zeit in den USA stellte er fest: Amerikaner und Deutsche ticken völlig anders, wenn es um Begriffe wie Staat, Gerechtigkeit, Wirtschaft und Freiheit geht.

Am Donnerstag, den 21. April, liest Christoph von Marschall im Plenarsaal aus seinem Buch „Was ist mit den Amis los? Über unser zwiespältiges Verhältnis zu den USA“. Die Lesung beginnt um 19:00 Uhr. Interessierte können sich bis zum 15. April anmelden. E-Mail: anmeldung@landtag.ltsh.de

Weitere Veranstaltungen

Noch bis zum 3. April:

Our Arctic Future – Ausstellung über eine Welt im Wandel

Ausstellung im ersten Stock des Landeshauses.

Täglich von 10:00 bis 18:00 Uhr

Der Eintritt ist frei, bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit.

Mittwoch, 13. April, 14:00 Uhr:

Die Zukunft der europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik

Vortrags- und Diskussionsveranstaltung im Plenarsaal

Anmeldung bis zum 11. April per E-Mail: anmeldung@landtag.ltsh.de

Dienstag, 3. Mai, 19:00 Uhr:

„Innovation in der Steinzeit –

oder die Erfindung des modernen Lebens“

Vortrag von Prof. Harald Meller, Archäologe und Prähistoriker,

im Schleswig-Holstein-Saal

Anmeldung per E-Mail: anmeldung@landtag.ltsh.de

Neue Plenar-Termine im Dezember

Der Landtag tagt im Dezember eine Woche später als bisher angekündigt. Das Plenum kommt jetzt vom Mittwoch, den 14., bis Freitag, den 16. Dezember, zusammen. Darauf hat sich der Ältestenrat verständigt. Grund für die Verlegung ist der Bundesparteitag der CDU am ursprünglichen Sitzungstermin Anfang Dezember.